

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch den 1. November 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechspaltige Kolonne je oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. incl. Post- und Einschlags- und Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Beilage-Preisliste für 1899 unter Nr. 7820. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

Die Mittellinie.¹⁾

II.

Vorght will nun Berufsvereinen, welche seinen Bedingungen nachkommen, eine Befreiung von den Fesseln einiger der vereinsgesetzlichen Bestimmungen gewähren, so daß sie Frauen, Kinder, Lehrlinge aufnehmen und mit einander in Verbindung treten dürfen. Auch will er ihnen die Rechtsfähigkeit eingetragener Vereine nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch geben. Das wären allerdings für die Gewerkschaften Gaben von großem Werte, wir können aber verlangen, daß sie bedingungslos gewährt werden, da alle Einsichtigen nur einer Meinung über die Notwendigkeit sind, die Rechtsstellung der Berufsvereine zu sichern.

Für dieses Geschenk aber soll nach der Meinung des Herrn van der Vorght die Arbeiterschaft auch noch die Zuchthausvorlage mit in den Kauf nehmen, anders kann man es nicht nennen.

In allen wesentlichen und gefährlichen Bestimmungen schließt sich van der Vorght den Vorschlägen der Regierung an. Mit einigen gewundenen Redensarten sucht er den ausnahmegesellschaftlichen Charakter der gegen die Arbeiter gerichteten Bestimmungen zu beschönigen, indem er sie als ein Specialgesetz bezeichnet.

Das ist aber ein großer Irrtum des gelehrten Herrn. Specialgesetze können besonders, nur bei gewissen Berufsarten vorkommende Delikte treffen, z. B. die Nahrungsmittel-Verfälschungen, ohne deshalb Ausnahmegesetze zu werden. Aber Verleumdung, Drohung, Nötigung sind Delikte, die allgemein vorkommen und allgemein strafbar sind; der § 153 der Gewerbe-Ordnung und das Zuchthausgesetz sind Ausnahmegesetze, weil sie dieselben Handlungen härter bestrafen, wenn sie von Arbeitern im Lohnkampfe begangen werden, und weil sie ein Motiv, das nach allgemeinen strafrechtlichen Anschauungen als Milderungsgrund gelten müßte, auf diese Art zu einem Strafverschärfungsgrund machen. Auch darüber geht Vorght schweigend hinweg, was selbst der Staatssekretär Niederding anerkannt hat, daß die Bestimmungen des Gesetzes im Lohnkampf einseitig die Stellung der Arbeiter erschweren, daß sie also die der Arbeitgeber erleichtern. Der alte § 153 der Gewerbe-Ordnung bestrafte bekanntlich nach der richtigen Ansicht nur Ausschreitungen von Arbeitern gegen Arbeiter und von Arbeitgebern gegen Arbeitgeber. Van der Vorght will ganz wie die Zuchthausvorlage die Strafbestimmungen auch auf solche Handlungen ausdehnen, die von Arbeitern gegen Arbeitgeber und umgekehrt verübt werden, freilich mit der in § 4 Absatz 3 des Zuchthausgesetzes-Entwurfes enthaltenen Einschränkung, daß es als Bedrohung oder Verurteilung nicht anzusehen sei, wenn jemand ein Arbeits- oder Dienstverhältnis ablehnt, kündigt, die Arbeit einstellt oder eine solche Handlung in Aussicht stellt. Es ist hier nicht der Ort, die Unklarheit dieser anscheinend zu Gunsten der Arbeiter gegebenen, in Wahrheit wesentlich den Arbeitgebern zu gute kommenden Bestimmung zu beleuchten. Nach dem Vorght'schen Vorschlage würde ganz wie nach der Zuchthausvorlage immer noch ein Arbeiter, der unter der Androhung des Streiks einen höheren Lohn fordert, wegen Erpressung bestraft werden können. Ebenso würde die Drohung gegen einen Streikbrecher, künftig nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten zu wollen, strafbar bleiben, obwohl der Drohende nur in Aussicht stellte, von einem ihm zustehenden Rechte Gebrauch zu machen.

Schlimmer noch ist, daß Vorght nicht nur die ganz unbestimmten Ausdrücke „körperlicher Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verurteilung“ des § 153 der Gewerbe-Ordnung bestehen lassen will, sondern daß er die Strafen dieses Paragraphen noch ausdehnen will auf die Fälle der „rechtswidrigen Wegnahme von Arbeitsgeräten usw., des Postensiehens und des ungehörigen und belästigenden Folgens auf Wegen und Straßen“. Diese drei neuen strafbaren Thatbestände hat Vorght dem in der Zuchthausvorlage so oft erwähnten englischen Gesetz entnommen. Es ist nun von unserer Seite damals schon erklärt worden, daß wir uns mit englischen Gesetzen allenfalls befreunden könnten, wenn wir englische Behörden und eine englische Justiz hätten. Da bei uns aber in der Bureaucratie ein Geist genährt wird, dem jede selbständige Regelung des Arbeiters, jedes Vorgehen von Arbeiterkoalitionen gegen Arbeitgeber schon von vornherein als eine Ausschloßigkeit erscheint, da unsere Behörden die Streikbrecher für besonders nützliche Elemente des Staates halten, so wäre nicht zu erwarten, daß diese Bestimmungen in einer so wohlwollenden Weise gehandhabt werden würden, wie es tatsächlich in England geschieht. Die Auslegung des groben Unfugs-Paragraphen beweist, daß man bei uns zu Lande im Gegenteile aus dem harmlosesten Gesetze Folgerungen abzuleiten geneigt ist, die geradezu eine Verstärkung politischer Grundrechte bedeuten. Darum würden wir die Annahme der Erweiterungsvorschläge von der Vorght's für eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse halten, auch wenn alle möglichsten auf dem Papier stehenden Kautelen gegen den Mißbrauch hinzugefügt werden würden.

So wie van der Vorght die Bestimmung über das Postensiehens fassen will, würde sie in dem heutigen Zustande nur bei illegaler Handhabung etwas ändern können.

Wenn das Postensiehens wirklich in allen Fällen als straflos behandelt werden würde, in denen es lediglich dem Zwecke dient, Nachrichten oder Auskünfte zu geben oder einzuziehen, so würde es eben allgemein erlaubt sein, denn in allen normalen Fällen dient es lediglich diesen Zwecken. Die Unternehmer wollen aber gerade, daß das Geben und Einziehen von Nachrichten verhindert werde. Wenn nämlich Fälle vorkommen sollten, in denen das Postensiehens sich gegen die persönliche Sicherheit und Freiheit der Arbeitswilligen richtete und eine stillschweigende Drohung darstellte, so bedürfte es keines neuen Gesetzes um strafrechtlich eingzugreifen; das würde heute schon unter § 152 der Gewerbe-Ordnung gehören, ganz abgesehen von den vielen verkehrspolizeilichen Beschränkungen, denen es ohnehin unterworfen wird. Man muß deshalb befürchten, daß die neue Bestimmung dazu dienen soll, um jedes Postensiehens unmöglich zu machen, und tatsächlich wäre sie auch dazu ungenügend tauglich. Die Polizeibeamten hätten nach ihr das Recht, jeden Posten zu arretieren, und dieser müßte dann beweisen, daß er bloß die Absicht verfolgte, habe, Nachrichten einzuziehen oder zu geben. Die Polizei würde ihm natürlich nicht glauben, würde das Postensiehens weiter verhindern, und auch eine nachträgliche Freisprechung im Strafverfahren würde daran nichts mehr ändern können. Die Bestimmung ist also juristisch ungeheuerlich und praktisch geradezu ruinös für die Arbeiterbewegung, denn — wie schon oft ausgeführt worden ist — kann kein Streik durchgeführt werden, wenn es nicht möglich ist, auch mit den zuziehenden Streikbrechern in Verkehr zu treten.

Ebenfalls auf dem Boden des Zuchthausgesetzes bewegt sich van der Vorght's Vorschlag, nach dem zu erweitern den § 153 auch alle die Handlungen zu bestrafen, welche zwar nicht begangen sind, um einen anderen zur Teilnahme an einer Koalition oder zur Unterwerfung unter dieselbe zu bewegen, aber deshalb, weil der Betroffene sich dieser Koalition früher widersetzt hatte. Das heißt in der Praxis, daß Verleumdungen, Drohungen und geringe Körperverletzungen ohne Antrag des Verletzten, ja sogar gegen seinen Willen verfolgt werden sollen, wenn das Motiv, dem sie entspringen waren, irgend wie mit der Arbeiterbewegung zusammenhängt. Das ist der schwerste Eingriff in die persönliche Freiheit der sogenannten Arbeitswilligen, den man begehren kann.

Ablehnend verhält sich van der Vorght allerdings gegenüber der Einführung der Zuchthausstrafe, gegenüber der Minimalstrafe von drei Monaten Gefängnis und der Ausdehnung der Strafe bis auf fünf Jahre Gefängnis für diejenigen, die sich solche Handlungen „zum Geschäft machen“, ebenso gegen die Bestimmungen des § 7 des Zuchthausgesetzes, wonach, wenn man den richtigen Täter nicht findet, ein anderer bestraft werden soll. Er will eine Maximalstrafe von sechs Monaten Gefängnis für die in § 153 der Gewerbe-Ordnung vorgesehenen Fälle einführen. Mit keinem Worte erwähnt er dabei, daß schon heutzutage sämtliche Fälle außer den allerleichtesten als Nötigung, Verleumdung, Körperverletzung, Bedrohung mit weit höheren Gefängnisstrafen belegt werden können, und daß faktisch seit der Deynhaufener Rede die Gerichte in den meisten Fällen weit über die Maximalstrafe des § 153 der Gewerbe-Ordnung hinausgehen.

So laufen die Vorschläge des Vorght darauf hinaus, die Zuchthausvorlage in den für die Praxis der Arbeiter gefährlichsten Bestimmungen durchzubringen, allerdings dafür den Arbeitervereinen eine günstigere Rechtsstellung zu gewähren, die freilich wieder mit allerhand Rechten der Behörden verknüpft ist. Wenn alle Nationalliberalen, die auf Vorght's Standpunkt stehen, fest entschlossen wären, die Enträumung der erhöhten Rechte an die Berufsvereine zur unerlässlichen Bedingung für ihre Zustimmung zum Zuchthausgesetz zu machen, wäre die Sache nicht gefährlich, denn die Regierungen werden zur Zeit unter keinen Umständen den Arbeitervereinen weitere Rechte einräumen, sondern lieber die Zuchthausvorlage scheitern lassen. Es ist aber zu befürchten, daß eine ganze Reihe von nationalliberalen Männern sich mit der Zustimmung zur Zuchthausvorlage auf der Vorght'schen „Mittellinie“ befreunden, aber auf die Erfüllung seiner Bedingungen verzichten wird. Der Röllersche Flügel der Nationalliberalen steht ja mehr oder weniger offen sogar auf dem Boden des von der Regierung vorgelegten Zuchthaus-Gesetzesentwurfes. Darin liegt die enorme Gefahr solcher Vermittlungsversuche.

Die ehrlichen Freunde des Koalitionsrechtes unter den Nationalliberalen thäten gut daran, sich nicht einmal auf eine Diskussion über diese sogenannte Mittellinie einzulassen.

Rechtsbengung zur Wahlzeit.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Es war voraussehen, daß in dem gegenwärtigen Landtagswahlkampf, der für die nationalliberale Partei und damit für unser reactionäres Polizeiministerium einen Kampf auf Leben und Tod bedeutet, von governmentaler Seite alles versucht werden, um den konzertierten Angriff der taktisch vereinigten Gegner abzuschlagen und eine weitere Verstärkung der Opposition im Landtag zu verhindern. Was aber die letzten Wochen an offenkundiger Rechtsbengung gebracht haben, das übertrifft selbst die schlimmsten Befürchtungen derjenigen, die auf Grund ihrer Erfahrungen aus früherer Zeit in dieser Hinsicht auf manches starke Stück gefaßt waren.

Schon die Anberaumung der Urwahlen auf einem Sonnabend gewährt dem Verdächtige Raum, man habe sich dabei von der gewiß nicht unbegründeten Vermutung bestimmen lassen, dieser Tag werde mehr als alle anderen Tage der Woche die Zwecke der nationalliberalen Regierungspartei fördern helfen. Der Sonnabend ist für die Arbeiterschaft im ganzen Lande der Ruhetag; das Ablohngsgeschäft nimmt in zahlreichen Betrieben geraume Zeit in Anspruch und hält die Arbeiterschaft länger als sonst an den Arbeitsstellen fest. Da die Arbeiter in den meisten Fällen auch noch eine weite Strecke bis zum Wahllokale zurücklegen haben und der Wahllast spätestens um 8 Uhr, an vielen Orten schon um 7 oder 6 Uhr abends geschlossen wird, so geht zweifellos mancher von ihnen seines wichtigsten Staatsbürgerrechtes verlustig, das auszuüben ihm an einem anderen Tage der Woche wohl möglich gewesen wäre. Dazu kommt, daß gerade der Jahrtag am meisten dazu geeignet ist, wankelmütige Elemente unter der Arbeiterschaft durch verdeckte Androhung der Entlassung oder Lohnkürzung einzuschüchtern und auf diese Weise von ihnen die Abgabe eines regierungsfremdlichen Stimmzettels zu erpressen. Wie sehr man von oben herab bestrebt ist, die Wahlpropaganda der oppositionellen Parteien zu erschweren, das erhellt auch aus der in Durlach erfolgten behördlichen Auflösung einer großen socialistischen Wählerversammlung, die in dem Augenblicke dem Nachspruche eines noch sehr jungen, Regierungsdirektors zum Opfer fiel, als der Referent, gegen einen nationalliberalen Diskussionsredner polemisierend, die historische Thatsache konstatierte, daß für die revolutionären Erhebungen der Jahre 1848/49 nicht das Volk, sondern die Regierungen verantwortlich zu machen seien.

Der bedeutungsvollere Teil der staatsbehaltenden Thätigkeit im Dienste des nationalliberalen Parteiregimentes wird jedoch in den städtischen Gemeinde-Verrechnungen und Wahlkommissionen geleistet, in denen sich die Anhänger des Ministeriums Eisenlohr, ungehindert durch oppositionelle Kontrolle, ein Stelldichein geben. Typisch in dieser Hinsicht sind die beiden Städte Pforzheim und Durlach, zugleich diejenigen Wahlbezirke, in denen die Socialdemokratie sich am energischsten aufstellt, die bisherigen nationalliberalen Vertreter, und zwar ohne fremde Hilfe, aus dem Sattel zu heben. In Pforzheim ging der Eifer des nationalliberalen Stadtrats so weit, daß dieser, entgegen der Vorschrift des Gesetzes die Wahlzeit auf die Stunden von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags festsetzte, wodurch den Wählern aus dem arbeitenden Volke die Abstimmung außerordentlich erschwert worden wäre. Der gehässige Protest der socialistischen Arbeiterschaft, die sich auch hier wieder als die wahre Hüterin von Gesetz und Ordnung erwies, machte den genialen Versuch der Pforzheimer Rathausgrößen allerdings zu Schanden. Inzwischen war den Ordnungstütern jedoch der Umstand zu Hilfe gekommen, daß die Herbst-Kontrollversammlung, zu der auch die Jahrgänge 1898/94, sowie ein Teil der Landwehr zu erscheinen haben, auf den Tag der Urwahlen festgesetzt wurde. Da die Mannschaften des Beurlaubtenstandes am Tage der Kontrollversammlung bis um Mitternacht den Militärgesetzen unterstehen, mithin alle jene bekannten militärischen Verbote bezüglich der Teilnahme an socialistischen Versammlungen etc. auf sie anwendbar sind, so liegt die Möglichkeit einer Beeinträchtigung der Wahlfreiheit in diesem Falle gewiß sehr nahe.

Dah auch bei der Einteilung der Urwählerbezirke das altrenommierte geometrische Geschick der musterstaatlichen Governementalen in den Dienst der „guten Sache“ gestellt wurde, versteht sich eigentlich von selbst. In Durlach hat man dasselbe bis zu der fabelhaften Virtuosität entwikkelt, einzelnen vorwiegend von Arbeitern bewohnten Bezirken bei gleicher Zahl der zu wählenden Wahlmänner die doppelte Wählerzahl zuzumessen, als wie andern, „besser“ gesunten, und hat dadurch auf die einfachste Weise von der Welt, auch ohne die berühmten Eisenlohr'schen „Kautelen“, ein Korrektiv gegen das politische Uebergewicht der „radikalen Massen“ zu schaffen gesucht. Bei der von der socialistischen Parteiorganisation vorgenommenen Durcharf der amtlichen Wählerlisten stellte sich die merkwürdige Thatsache heraus, daß in demselben Durlach, wo die Entscheidung zwischen Nationalliberalen und Socialdemokratie dießmal „auf Knopf und Spitz“ steht, bei einer Urwählerzahl von circa 1500 volle 200 wahlberechtigten Bürger, selbstverständlich fast ausnahmslos Arbeiter, bei der Aufstellung der Listen „vergessen“ worden waren, mehr als selbst in dem zehnmal größeren Mannheim, wo allerdings in Stadtrat und Wahlkommission die Socialdemokratie ein Wortchen mitzureden hat. Den in Presse und Versammlungen unserer Partei erhobenen Vorwurf der „unerhörten Schlampe“ quittierte der nationalliberale Stadtrat von Durlach dadurch, daß er dem socialistischen Wahlcomitee die Abschrift der Wählerlisten verweigerte unter der Begründung, die Wähler der Stadt seien nicht dazu da, die Geschäfte der politischen Parteien zu besorgen. Wenn die Durlacher Stadtväter es weiterhin in ihrem amtlichen Wahlschreiben wiederum „vergessen“ haben, die Wähler darauf aufmerksam zu machen, daß der Abstimmungsakt in einem hierfür besonders einzurichtenden isolierten Raum unter Bezeichnung eines Souverets für den Stimmzettel vorgenommen werden muß, obwohl dieser Hinweis durch ministerielle Verfügung vorgeschrieben ist, so darf auch dies nicht weiter verwundern; weiß man doch, daß unsere Nationalliberalen ebenfalls für ganz andere „Kautelen“ schwärmen, als für diejenigen, mit denen die Wahlfreiheit des bairischen Staatsbürgers zum Schutze gegen Beeinflussungen umgeben worden ist.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollten wir alle die häßlichen kleinen Mittel und Nittelchen aufzählen, mittels deren das mit dem Wute der Verzweiflung um sein bithen Existenz kämpfende nationalliberale Parteiregiment angesichts der bevorstehenden Wahlen seinen totalen Zusammenbruch zu verhindern sucht. Die obigen Proben mögen genügen zur Charakteristik der „Siegesverfälschung“, mit der die Gefolgschaft des Ministeriums Eisenlohr der nahen Entscheidungsschlacht entgegensteht. Wir zweifeln nicht daran, daß die zahllosen Rechtsbengungen, die im gegenwärtigen Wahlkampf die Fahnen des gegen die freiheitlich und fortschrittlich geknünte Wahlfreiheit des bairischen Volkes ausgezogenen Nationalliberalismus besetzt haben, von Erfolg begleitet sein werden in dem Sinne, daß die Wählerchaft die ihr mit dem Stimmzettel in die Hand gegebene Waffe dazu benutzt, um den nationalliberalen Größen

¹⁾ Siehe Nummer 255 des „Vorwärts“.

in ungewöhnlicher Weise verständlich zu machen, wie sehr jede unvollständige Ausübung der politischen Macht die Position des Gegners, den man zu schwächen gedachte, nur verschärft und damit das Gegenteil von dem bewirkt, was man beabsichtigt hatte.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 31. Oktober.

Als Notandgang

erschient jetzt ganz unzweifelhaft der wilde Flottenplan des Reichs-Marineamts; oder auch als Miquel'sches Sammelbeden für die durch die Zuchtthaus- und Kanalvorlage auseinandergehenden Ordnungsparteien. Der „Samh. Korresp.“ erklärt, es sei eine unerlässliche Bedingung für das Zustandekommen des Flottengesetzes, daß die Regierungen die Zuchtthausvorlage fallen lassen. Und zweitens plädiert sie für eine Vertagung der Kanalvorlage. So soll man fidel den Teufel durch Beelzebub austreiben, und der Regierung aus ihrer Not helfen, indem man ihr alles Schuldliche vernichtet. Die Junker werden verhöhnt durch Preisgabe des Mittelkanals und durch Erhöhung der Getreibeizölle, die Industrie wird über den Kanalverlust und das Scheitern des Zuchtthausgesetzes durch die Unfähigkeit für die Flotte und die Begünstigung der Exportpolitik gekränkt, die Regierung endlich verzögert und ihre früheren ungeheilten Liebeswunden in der glorreichen Ueberflucht, in dem größeren Deutschland und zahllosen Stapelläufen.

In solcher Rechnung ist freilich der Fehler enthalten, daß das Mittel zur Verführung in Wahrheit ein scharfster Konfliktstoff ist. Die Konservativen wären nur dann für den Marineplan ganz zu haben, wenn sie sicher wären, daß er trotz ihrer Färsprache abgelehnt werden würde; dann hätten sie ihr gutes loyales Herz gezeigt, würden vielleicht trotz ihrer Kanalschuld in Gnaden aufgenommen werden, und dabei hätte der ihnen im Innersten verhasste Marxismus doch keine Förderung erfahren. Die Liberalen und Rechtsfreimüthigen sind allerdings dem Flottenwahn rettungslos verfallen. Auch die gute Tante „Boh“ ist zwar nicht für den Flottenplan der Form nach, aber in der Sache. Dagegen ist, bei aller Unzuverlässigkeit dieser verhängnisvoll starken Partei, schwerlich anzunehmen, daß das Centrum selbst der neuesten Ausgeburt der Marine-romantik sich ohne weiteres zur Verfügung stellen werde. Damit wäre das Schicksal auch des Flottenplans besiegelt und es würde dann in Kürze irgend einer noch größeren, noch mehr überraschenden furchteligen Blödsinnigkeit bedürfen, um neben den Kanal- und Zuchtthausleiden nun auch das Flotten-Glaslo zu verwinden.

Die Aufschaltung des Bundesrats.

Die Taktik des Reichs-Marineamts in der Frage der Verdoppelung der deutschen Kriegsslotte hat jede auch nur mögliche Schwierigkeit, die dem Plane von Seiten des Bundesrates hätte drohen können, kurzerhand nach Seemannsart beseitigt. Der Bundesrat wird durch Veröffentlichung des Flottenplanes einfach vor die fertige Thatsache gestellt. Weder dem Bundesrat, noch weniger aber den Bundesregierungen ist irgendwie vor der Veröffentlichung des Planes Gelegenheit gegeben worden, sich über die doch innerlich recht wichtige Schwenkung der Flottenpolitik auszusprechen. Hätte man den mehr kollegialen oder verfassungsmäßig näher liegenden Weg einer vorherigen Aussprache oder doch einer vorherigen Beratung im Bundesrate eingeschlagen, so wären sicherlich die vorhandenen Bedenken gegen das neue Projekt auch schon im Bundesrat zum Ausdruck gekommen. Es ist bezeichnend, daß man bei anderen Gelegenheiten den Weg der breiten Öffentlichkeit nicht einschlägt, sondern sogar höchst entsetzt sich zeigen kann, wenn aus der Mitte des Bundesrates einmal irgend eine bevorstehende gesetzgeberische Absicht in der Presse durchsickert. Um so auffälliger ist das Vorgehen in der Flottenfrage, wo man die breite Öffentlichkeit früher unterrichtet als den Faktor der Gesetzgebung, der nach der Verfassung sich mit der Vorbereitung der Gesetzesvorlagen zu befassen hat. Was kann denn der Bundesrat nunmehr anders thun als zu dem Plane des Reichs-Marineamts Ja und Amen zu sagen? Etwas Schwierigkeiten, die der Plan bei dem üblichen Vorgehen bei der Vorbereitung einer Vorlage im Bundesrat hätte finden können, sind nunmehr glücklich beseitigt. Denn es wird sich nunmehr sicherlich keine Regierung finden, die durch ihren Vertreter im Bundesrat sich in Opposition zu einem Wunsche des Kaisers stellen wird, wenn auch in den Einzellandtagen verjagt werden wird, im Bundesrate eine Opposition gegen die Vorlage hervorzurufen.

Unsonntlicher wird der Bundesrat sich zu einer anderen als einer bedingungslos zustimmenden Haltung entschließen, als die einzelnen Bundesfürsten schon seit längerer oder kürzerer Zeit für eine weitere Vermehrung der Flotte auf eigenartige Weise engagiert werden. Als nämlich der Deutsche Flottenverein, der Hauptorgan für eine größere Kriegsmarine, gegründet wurde, da wandte sich der Vorsitzende des Vereins, Fürst zu Wied, an sämtliche deutsche Bundesfürsten mit der Bitte, die Bestrebungen des Vereins unterstützen zu wollen. Und fast alle Bundesfürsten haben bereitwillig dem Wunsche entsprochen und an den Fürsten Handschreiben ergehen lassen, in denen sie die Bestrebungen des Flottenvereins billigen und glücklichen Erfolg wünschen. Der Prinzregent von Bayern spricht in einem solchen Schreiben seine Genehmigung darüber aus, daß der Verein nunmehr genügend erstarbt ist, um mit der Agitation in weiteren Kreisen beginnen zu können und damit seinen großen nationalen Zielen näher zu rücken. Der König von Sachsen will dem Verein seine Protektion angedeihen lassen und teilt zugleich die Bedeutung der deutschen Kriegsslotte für die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches. Ähnlich zustimmend äußern sich eine weitere Anzahl von Bundesfürsten mit Ausnahme derer von Württemberg und von Baden, von denen eine Stellungnahme zum Deutschen Flottenverein bisher nicht bekannt geworden ist. Um so bemerkenswerter ist die Zeitungsnachricht, daß schon jetzt eine Anzahl von Bundesfürsten, darunter der König von Württemberg und der Großherzog von Baden, ihre Uebereinstimmung mit dem Entschlusse des Planes bereits ausgesprochen haben sollen. Die Bundesregierungen müssen also im Bundesrat auf jeden Einwand gegen den Flottenplan verzichten und haben heute schon gebundene Marschroute.

Man erlebt daher bei der neuen Flottenaktion das bemerkenswerte Schauspiel, daß der Bundesrat als diejenige Reichsinstanz, die die Gesetzesvorlagen vorzubereiten hat, sächlich ganz und gar ausgeschaltet ist und nur die formelle Geschäftsbekleidung zu besorgen hat. Wie sich dies mit der verfassungsmäßigen Stellung der Bundesregierungen und des Bundesrates verträgt, wie sich der Bundesrat selbst als gesetzgebende Körperschaft in diesem Falle verhalten muß, diese Fragen mögen Vorgesorgene derjenigen politischen Richtungen unterfragen, die eifrig über den bundesstaatlichen Charakter des Reiches wachen zu müssen glauben; wir wollten nur zeigen, daß der Bundesrat für die Gestaltung gerade der wichtigsten Fragen der Reichspolitik, wie es doch die gepante

Verdoppelung der Kriegsslotte ist, nicht mehr ernsthaft in Betracht gezogen werden kann, daß vielmehr nur im Reichstag allein noch ein Widerstand gegen die eigenartige Politik des Reichs-Marineamtes möglich ist.

Der Boerenkrieg ist eine unerschöpfliche Quelle von Verlegenheiten für unsere Junker- und Jopfmilitaristen. Diese sind allesamt frächtige Reaktionsäre vor dem Herrn, und folglich ingrimmige Feinde Englands, das durch und durch bürgerlich, liberal und unimilitaristisch ist. Es giebt nichts Schlimmeres, was sie den Engländern nicht wünschten. Nur Schade, daß sich den guten, christlichen Wünschen ein furchtbares Hindernis entgegenstellt: nämlich das Gespenst des Junker- und Jopfmilitarismus. Mit wem und die Engländer in Kampf? Mit Boeren-Wilgen. Und besiegen sie die Engländer, so wäre das ein Sieg über den Junker- und Jopfmilitarismus — und das wäre wünschlich schlimmer, als ein Sieg der verhassten Engländer. Man muß gestehen, das ist ein tragischer Konflikt der Gefühle. Wie aus ihm hervorzukommen? Die Herren Junker- und Jopfmilitaristen haben bis jetzt in ihren Räten keinen anderen Rat gewußt, als den: der englischen Armee den Charakter einer guten Armee im Sinne des Junker- und Jopfmilitarismus abzusprechen. „Es ist eine Werbe-Armee“, sagen sie geringschätzig, „und eine Werbe-Armee ist in puncto der militärischen Tüchtigkeit nicht mit einer Armee wie der aufrigen und der französischen oder russischen und österreichischen zu vergleichen.“

So? Ein Unterschied ist freilich — ein sehr großer Unterschied der Größe und Zusammenfassung. Aber in puncto der militärischen Tüchtigkeit? Das steht auf einem anderen Blatt; und die Herren Junker- und Jopfmilitaristen sind da auf ein bedenkliches Thema gerathen. Will man uns weiß machen, angeworbene Freiwillige seien schlechtere Soldaten als die Muzsoldaten der allgemeinen Dienstpflicht? Glaubt man denn, wir hätten vergessen, daß der Junker- und Jopfmilitarismus zu allen Zeiten in einer Werbe-Armee von Freiwilligen sein höchstes Ideal erblickt hat? Eine solche Armee bietet ihm bloß nicht die nötigen Massen; und so hat er denn mit äußerstem Widerstreben der französischen Revolution das „Aufgebot der Massen“ entlehnt, und sich dabei natürlich bemüht, durch Strantheit der Disziplin die Gefahren dieser revolutionären Einrichtung zu mildern. Allein gründlich läßt sich die Gefahr nicht beseitigen. Denn keine Macht der Erde kann verhindern, daß die Demokratie und der Socialismus, wenn sie die Massen des Volkes ergreifen, auch in die Armee eindringen. Das wissen die Junker- und Jopfmilitaristen, die etwas weiter sehen als bis zu der Nasenspitze, sehr wohl und deshalb taucht periodisch bei ihnen der Gedanke auf, wieder zum System der Berufsarmeen zurückzulehren, in denen der „militärische Geist“ stark genug wäre, jeden anderen „Geist“ zu verdrängen. So hat z. B. Herr Galliffet, der jetzige Kriegsminister in Frankreich, vor dem unsere Junker- und Jopfmilitaristen einen gewaltigen Respekt haben, die Umwandlung der Massenarmee in eine kleine Berufsarmee nach englischem Muster empfohlen, der eine nationale Miliz zur Seite stehen soll.

Kurz — die englische Armee vertritt das Ideal des Junker- und Jopfmilitarismus in weit höherem Maße als unser jetziges Heeresystem. Und durch Verkleinerung der englischen Ansehnlichkeit schneiden unsere Junker- und Jopfmilitaristen sich nur ins eigene Fleisch. „Sie spotten ihrer selbst und merken nicht wie.“

Deutsches Reich.

Albert Schmidts Abschied.

Magdeburg, 30. Oktober.

Heute nachmittag haben sich die Organisationskommission in dem nahen Landstädtchen Gommern hinter Albert Schmidt geschlossen. Die Magdeburger Arbeiterkammer hat die letzten Stunden, während welcher der Verurteilte in ihrer Mitte weilte, demütigt, um stark und vernünftig gegen die Rechtsansichtungen zu protestieren, denen er zum Opfer gefallen. Schmidt war bekanntlich auch Magdeburger Stadtverordneter. Mit dem Reichstagsmandat ging auch der Sitz im hiesigen Parlament verloren. Die Wähler Magdeburg-Neustadt, die ihn vor bald einem Jahre ins Reichstagshaus entsandt hatten, wählten sich über die neue Kandidatur schlüssig werden. In diesem Zwecke war er aufgefordert worden, seine Abschiedsrede im Stadteil Neustadt zu halten. Die Versammlung war am Sonntagmorgen 1/4 Uhr anwesend. Eine gute Stunde vorher war der Saal Kopf an Kopf gefüllt; wer zur festgesetzten Stunde kam, konnte keinen Platz mehr erhalten. Diese Gelegenheit lagerte über den Massen; sie kam zum spontanen Ausdruck immer dann, wenn der Redner einen pointierten Satz in den weiten Raum schleuderte, und wußte sich am Schlusse seines Vortrages, nachdem er sich über seinen eigenen Majestätsbeleidigungs-Prozess verbreitet hatte, zu einem unvergleichlichen Welsfallstößen aus. Danach erfolgte einstimmig Schmidts Wiederankündigung zur Stadterverordnetenwahl. Das Politische und kommunalpolitische war erledigt, das Menschliche trat in seine Rechte. Ein Genosse sprach einige warme Abschiedsworte und während die Menge in atemloser Stille verharrte, sang das Abschiedslied des Neustädter Arbeiter-Gesangsvereins durch den Mann. Es gab niemand, der nicht bis ins Innerste ergriffen war, als in melodischem Tonfall das selbe Lebewohl, Lebewohl, über die Köpfe hinwegzude. Noch einige lebhaft Worte Schmidts und die Besucher verließen den Saal, nachdem so viele ihrer konnten noch dem Verurteilten die Hand geschüttelt hatten. Heute vormittag auf dem Hauptbahnhof wurde der letzte Scheidezug gewechselt. Mehr als 300 Genossen und Genossinnen hatten sich eingefunden, und mehr als 100 Gaben schickte das Volk bis Gommern, bis an die Thore des Gefängnisses. Die Frauen waren aufgelöst, die Männer tief bewegt. Ein letztes Lächeln schenken, der Zug verließ die Halle. Auf dem Bahnhof in Gommern erwarteten mehr als fünfzig Magdeburger Radfahrer die Ankommenden; in erstem Zuge ging es durch die langgestreckten Straßen des Städtchens bis zum Treffpunkte, wo die zahlreichen Eisenbahnarbeiter ihrer harrten, die es sich nicht nehmen lassen wollten, dem Parteigenossen des Geleit zu geben, der für drei Jahre hinter den hohen Mauern ihr unerschütterlicher und rechtloser Mitbürger sein wird. Gegen 1/2 bewegte sich ein langer armer Zug dem Gefängnissthor zu; ein letzter Abschied von den Genossen, ein erschütterndes Lebewohl von seinem Weib und seinen Verwandten und Albert Schmidt öffnete sich in Begleitung des Genossen Lanke, des Arbeitgebers unseres Inhaftierten, das Thor. Ein Schritt, die Thür schlug zu, der Schlüssel harrte im Schloß — für drei Jahre ist das Opfer des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen aus den Reihen des kämpfenden Proletariats gestrichen.

Die bayerischen Wahlrechts-Debatten.

Nach vierstündigen Verhandlungen gingen am Montag endlich die leitweise recht lebhaften Debatten über die Reform des Landtagswahlgesetzes zu Ende und mit Stimmeneinhelligkeit beschloß die Kammer, den socialdemokratischen Wahlrechts-Antrag an einen besonderen Ausschuss von 21 Mitgliedern zur Vorbereitung zu überweisen. In seinem Schlusswort sprach Boillmer über das Wahlkompromiß. Die Zeiten hätten sich merklich geändert. Kaum sind die Socialdemokraten als Auswurf der Menschheit, also revolutionäre Um-

stürzler etc. angesehen und behandelt worden, so klingt jetzt das Lied anders. Jetzt kann man ohne Gefährdung des Seelenheils mit den Socialdemokraten gehen. Wie unendlich, wie tollwoll habe man in diesen Tagen in der Kammer von den Socialdemokraten gesprochen. Während man früher über die fünf socialdemokratischen Abgeordneten spottete, sagt man jetzt, man wünsche eine stärkere Vertretung der Partei, denn diese wirke nützlich. Die socialpolitische Einflucht in Bezug auf die Stellung der socialdemokratischen Abgeordneten sei sehr erfreulich. Man behandle sie nicht mehr als revolutionäre Umstürzler, die sie auch nicht seien. Aus dem Stroh von früher sei eine unverdorbene Erbin geworden. Das hätten die Wahlen gemacht.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ fürchten das böse Beispiel Bayerns und setzen alle ihre Hoffnung auf den preussischen Landtag. Höhnisch bemerkt das Krupp-Blatt:

Es wäre nur erwünscht, wenn die linksliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses der Anregung folgte und mit Rücksicht auf die Wahlrechts-Debatte in der bayerischen Kammer im preussischen Abgeordnetenhaus einen Generalangriff gegen das Dreiklassen-Wahlrecht eröffnete. Es würde dann klar werden, wie sehr im Gegensatz zu der bayerischen Volksvertretung innerhalb des preussischen Landtages die Wertschätzung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts für die Landtagswahlen sich gemindert hat und wie wenig selbst Parteien, welche in Bezug auf die Reichstagswahlen einflussreich für das Bestehen des Reichswahlrechts einzutreten, geneigt sind, das preussische Wahlrecht durch das allgemeine gleiche und geheime Stimmrecht zu ersetzen.

Die ganze preussische Reaktion lebt ja einzig und allein von der Skarlatina eines Wahlrechts. Ein fauch freieres Geistes und die angemachte Macht zerfließt in alle Winde.

Herrn van der Vort, dessen Vorschläge zur „Arbeitswilligen“-Vorlage wir im Vortartikel besprechen, hat ehrenvolle Anerkennung seines Liberalismus gefunden. Die „Kreuz-Zeitung“ freut sich seiner Vorschläge gegen den Koalitionswang und hofft auf Verständigung mit den Nationalliberalen, die diese Vorschläge gut heißen. Der Herr Professor sieht, daß er auf gutem Wege ist.

Zu der „Deutschen Juristenzeitung“ spricht sich Professor v. Lilienthal-Heidelberg gegen die Zuchtthausvorlage aus. Er verurteilt die Notwendigkeit und Möglichkeit verstärkter gesetzlichen Schutzes, und er erklärt überhaupt die Verrechnung der Verstrafungen kriminalpolitisch geradezu für ein Unglück.

Das gute Herz der Unternehmer preist die „Post“ an, deren Angestellten doch wahrlich von diesem guten Herzen wenig verspürt. Im letzten Quartal habe das Unternehmertum allein zehn Millionen für Arbeiterwohlthats-Zwecke aufgebracht. Die „Post“ vergißt nur die notwendige Vergleichszahl anzugeben, wie viel Millionen das Unternehmertum in diesem Zeitraum aus der Arbeit der Proletarier für sich als mühselosen Gewinn eingehemst hat. Uebrigens vergißt die Arbeiter bezahlte gern alle diese Wohlthaten, wenn man ihnen dafür die Freiheit gewährt. Mögen die Unternehmer lieber den Marinepatriotismus aus eigener Tasche bezahlen. Aber da haperts gerade. Die Kosten lassen sie die Arbeiter aufbringen, und als vor ein paar Jahren die famose Flottenaktion umging, da brachte die gesamte wasserschwärmende besitzende Klasse des Vaterlandes bare 10000 Mark auf! Das ist der Projektion an einem Marinepatriotismus in einer einzigen Zahl. Wert: 10000 Mark.

Actus Flottenpöke. Die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ schreibt in vollem Ernst:

Die „Freisinnige Zeitung“ berechnet, daß wir im Jahre 1917 einen Jahresetat von 250 Millionen Mark haben würden. Die Zahl mag richtig sein. Zur Beurteilung der Höhe der Zahl sei darauf hingewiesen, daß die übrigen Großstaaten, welche zum Teil weniger See-Interessen zu schützen haben als Deutschland, heute (1899) bereits folgende Marine-Etats besitzen:

England	500 Millionen Mark
Frankreich	240 „
Amerika	200 „
Rußland	185 „

Das Organ der Regierung zählt zu den Ländern, die weniger See-Interessen zu schützen haben als wir offenbar England.

Der Kanalbau. In Renchaldensleben hat, wie schon berichtet, eine Landtags-Erhaltungs-Kommission stattgefunden. Es fanden sich zwei konservative gegenüber. Von 356 Stimmen erhielt die kanalisierende Mittergutbesitzer-Himburg 206, der kanalfreundliche Bürgermeister Holz 151 Stimmen. Es stürt das Hochgefühl der Agrarier nicht wenig, daß ihr Mann gesiegt hat.

Reichstagsfrucht. Vor den bevorstehenden Reichstags-Debatten fürchtet sich die „Kreuz-Zeitung“. Sie möchte am liebsten als unangenehme Erörterungen durch Schluß der Debatte abschneiden und giebt folgenden Rat:

„Zu wünschen ist es nur in jedem Falle, daß die Abgeordneten schon gleich in der ersten Sitzung möglichst vollständig sich einfinden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Arbeiten bei einem gut besetzten Hause rasch fortzuschreiten, daß dagegen der vielbesagte „Abfentismus“ an der Verschleppung der Vorlagen und an der „Uferlosigkeit“ der Debatten hauptsächlich schuld ist.“

Die „Kreuz-Zeitung“ steht vergebens. Es wird ihren Reuten nichts erspart werden, auch wenn sie vollständig zur Stelle sind. Im Reichstag haben die Konterwailen nicht die Uebermacht und können nicht das Haus nach ihrer Willkür terrorisieren.

Ein sehr sorgfamer Landrat. An der Spitze der Nr. 84 der „Westfälischer Zeitung“, des Amtsblattes für den Oberwesterwaldkreis, findet sich folgende eigenartige amtliche Bekanntmachung: L. Nr. 11776.

Marxenberg, den 18. Oktober 1899.

Bei meinen Kreisvereinigungen habe ich gefunden, daß in den meisten Säulen ungenutzte Oefen aufgestellt sind, welche das Heizmaterial sehr schlecht verwerten und deshalb im Brand den Gemeinden unverhältnismäßig teuer zu stehen kommen. Ich ordne daher zur Vermeidung von Kreisbeschaffungen ungenutzter Oefen hierdurch an, daß die Herren Bürgermeister vor der Kreisbesetzung von Oefen für Schulhäuser oder Lehrerwohnungen mit jedemmal Anzeige erstatten. Dabei muß mir Länge, Breite und Höhe des betreffenden zu heizenden Raumes in Metern angegeben werden. Ich sehe mit einer leistungsfähigen Firma in Verbindung, die solide, zweckmäßige Oefen zu mäßigen Preisen liefert. In diesen Oefen können sowohl Braunkohlen als auch Stein- und Anthrazitkohlen gebrannt werden. Ich werde dann jedesmal den Preis des Ofens mitteilen. Die Bestellung muß durch meine Hand erfolgen, um den Gemeinden den mir bewilligten Scout zu gute kommen zu lassen.

Auf Wunsch bin ich auch bereit, dazuliege zweckmäßige Oefen — auch solche mit Kochrichtung — Privatpersonen nachzuweisen.

Der Landrat.
Wähling.

Der Herr Landrat giebt den Kreis seiner Amtspflichten recht weß. Darum beschneidet er sich aber auf die Versorgung seiner Gemeinden mit Oefen, warum übernimmt er nicht die Vermittlung aller Gemeindebedürfnisse?

Socialdemokratische Geistesliche. Der Uebertritt des Pfarrers Wilmhardt zur Socialdemokratie veranlaßt die „Kreuz-Zeitung“ Reflexionen. Sie fürchtet, in den noch religiös gefärbten Kreisen des Volkes bei solchen Geschehnissen das Vorurteil gegen die Socialdemokratie zu schwinden, das unsere reaktionären Verleumder mit so vieler Mühe verbreiten. Das Blatt meint:

Wilmhardt ist ein hervorragender Typus der vorzugsweise subjektiven Auffassung des Christentums, wie sie gerade

in Württemberg von jeher besonders zahlreiche Vertreter findet. Von der Landesliste hat er sich deshalb schon lange getrennt und dafür einen zahlreichen Kreis persönlicher Anhänger um sich gesammelt, die sich aus allen Ländern der Welt rekrutieren und einen sehr regen Briefwechsel mit ihm unterhalten. In der Lauszeit seiner Absichten und seines Wandels hat wie jemand gezwinkt; dies Zeugnis kann ihm auch heute, wo er sich ausdrücklich zur Socialdemokratie bekennet, nicht verweigert werden; denn gerade in dieser überidealen, trotz eines starken Verkehrs weltentfremdeten Auffassung der Dinge und Menschen ist die eigentliche Wurzel jenes Schrittes zu suchen: er steht in der Socialdemokratie nicht die Partei des Hasses und der Zerstörung, sondern nur die der Kleinen und Schwachen, die es sich zur Aufgabe macht, eine neue und bessere Weltordnung zu schaffen. Nur in diesem Sinne ist sein Uebertritt zu verstehen."

Es ist ein Rätsel der Natur, daß Wilmhardt, der noch bei den letzten Reichstagswahlen für den Deutschparteierteil eintrat, damals also wohl noch Menschenkenntnis hatte, in einem Jahre plötzlich weltentfremdet und — ein schrecklicher Vorwurf — Ideokrat geworden ist. Ein Wunder, ein komplettes Wunder! Ueberdies können wir zu unserem Vergnügen feststellen, daß, wenn der Geistliche die Socialdemokratie so auffaßt, wie es die „Krenz-Zeitung“ behauptet, er die Aufsichtler ungefähr so sieht, wie sie sich selber sehen. Redet die „Krenz-Zeitung“ von einer Partei des Hasses und der Zerstörung, so entwirft sie offenbar eine Selbstzeichnung der auf Ausbeutung, Unterdrückung, Völkerverhaß und Kulturverwüstung beruhenden, im Militarismus, Marinismus und Kapitalismus Paz und Zerstörung findenden europäischen Reaktion. —

Aus Elbisch-Lothringen, 30. Oktober. (Glg. Ver.) Im Gemeinderat der Stadt Mühlhausen haben die beiden socialistischen Vertreter, Wied und Hidel, einen Antrag eingebracht, in welchem unter dem Hinweis auf die illoyale Konkurrenz, die den freien Arbeitern am Plage gegenwärtig durch die Verwendung von Strafgefangenen zu Arbeiten bei Privatleuten sowie besonders bei dem Mühlhäuser Aufsehergerichts-Neubau entstände, der Bürgermeister aufgefordert wird, beim Ministerium für Elbisch-Lothringen dahin vorzulegen zu werden, daß die bezeichnete Verwendung von Strafgefangenen alsbald aufhöre.

In nachstehender Weise hat die socialistische Arbeiterkass von Colmar dem Vertreter des Elbisch-Lothringischen Wahlkreises im Reichstag, Rechtsanwalt Preiß, gegenüber der demnächst wieder zur Beratung kommenden Zucht-Ans-Vorlage den Boden gestreift. Eine Arbeiterversammlung richtete an ihn die Aufforderung, bei der nächsten Lesung des Gesetzentwurfes sich in Berlin einzufinden, um seine Stimme gegen die Vorlage in die Waagschale der Entscheidung zu legen und für die Erweiterung des Wahlrechts der Arbeiterkass einzutreten. Herr Preiß, der bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes im Reichstag gefehlt hat, erklärte sich in seinem Antwortschreiben bereit, dem Wunsch der Versammlung zu entsprechen. —

Anstand.

Oesterreich-Ungarn.

Noch immer ezechische Unruhen.

Prag, 31. Oktober. In Polna wurden am Sonntagabend an Häusern der Israeliten zahlreiche Fenster eingeschlagen. Später wurde die Ruhe wieder hergestellt. Der Bezirkshauptmann war zugegen, die Gendarmenposten verstärkt. In Netizon, Chotebor und Senftenberg fanden am Sonntagabend demonstrative Anlässe statt, bei welchen mehrere Fenster eingeschlagen wurden. In Senftenberg sammelte sich am Sonntag trotz Abmahnens der Behörden die Menge neuerdings an. Die Gendarmen bereitete Anlässe in den Straßen und verhaftete zwei Personen wegen renitenten Benehmens. Auch in Polica und Wlgram fanden in den letzten Tagen Kundgebungen statt; zu ernstlichen Ausschreitungen kam es indessen nicht.

Schweiz.

Bärn, 30. Oktober. (Glg. Ver.) Soweit bis jetzt Nachrichten über die Resultate der gestrigen Nationalrats-Wahlen vorliegen, lassen sie erkennen, daß 4 Socialdemokraten gewählt sind und 3 in die Stichwahl kommen. Gewählt wurden, wie voranzuführen war, Wallischleger in Basel mit 4337 (1896: 4335), Triquet in Genf mit 6174 (1897), Gschwind in Baselstadt mit 3198 und Vogelzanger in Bärn mit 18 522 (14 000) Stimmen. Dazu ist zu bemerken, daß Vogelzanger auf den Listen aller Parteien stand, Triquet auf den socialdemokratischen und nationalen, Wallischleger auf den socialdemokratischen und konservativen, und daß Gschwind von den Arbeitern und Bauern gewählt ist. In die Stichwahl kommen Schweizer in Basel mit 2080 Stimmen mit freisinnigen und konservativen Gegenkandidaten, Dr. Brücklein oder Watt in Bern mit Dr. Courbet und dem konservativen Wahl socialdemokratische Stimmen 2945, 1896: 2939) und Birole in Neuenburg mit 3900 (2096) mit einem konservativen. In Zürich wurden die übrigen fünf Bürgerlichen mit 11 564 bis 12 298 Stimmen gewählt, während die übrigen fünf Socialdemokraten 7673 bis 8767 (3690 bis 6973) Stimmen erhielten. Weiter erhielten erhebliche Stimmengahlen Rouquet in Lausanne 5398 (3200), Fierzholz in Solothurn 2487 (1000), Weimann in Biel 3520 (3200) Stimmen usw. Die „nahestehenden“ Wählerischen, wie Curti, Scherrer, Häselmann, Dr. Hofmann, Kundig, Dr. Decurtins etc. wurden wiedergewählt. —

Frankreich.

Millerand und die russischen Offiziere. Im autokratischen Zustand ist man mit dem gegenwärtigen liberalen und „arbeiterfreundlichen“ Regime in Frankreich seit langem höchst unzufrieden und die maßgebenden offiziellen russischen Blätter veröffentlichen eine wahre Hejrag auf das französische Ministerium und auf den Präsidenten Loubet. Kamentlich ist ihnen der socialdemokratische Minister Millerand ein Dorn im Auge und die „Kowojse Wremja“ ist außer sich, daß Waldeck-Roussieu seinem Kollegen Millerand der Kammer einen Gesetzentwurf zu unterbreiten erlaube, der auf Erweiterung der politischen und bürgerlichen Rechte der Arbeiterkass hinführt. Dies könne, meint die „Kowojse Wremja“, die bestehenden Klassen Frankreichs nur mit Unruhe und Misstrauen erfüllen und sehr charakteristisch wäre es, daß sich in jüngerer Zeit selbst im Regierungsblatt, dem „Temps“, Stimmen vernehmen ließen, daß das Ministerium Waldeck bei seiner verschiedenartigen Zusammenfügung nicht am Aender bleiben könne, nachdem es seine Aufgabe erfüllt, die Dreifach-Affäre zu liquidieren und daß ein Millerand und andere Socialisten als Minister unnütz und sogar „für die Ruhe der bestehenden Klassen gefährlich“ wären. —

Paris, 31. Oktober. Der heute im Elysee stattgehabte Ministerrat beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf betreffend das Verordnungsverfahren, welcher der Kammer unmittelbar nach ihrem Zusammentritt vorgelegt werden soll. Als Tag des Zusammentritts wurde der 14. November festgesetzt.

Es bestätigte sich, daß der Staatsgerichtshof am 8. November zusammentreten wird.

Paris, 31. Oktober. Eine Depesche des Kommissars im Scharf-Distrikt, Gentil, an den Kolonialminister berichtet: Der Administrator Dectonnet, Lieutenant Brown und Sergeant Martin sowie 27 Senegalesen sind im August in Baghirmi in einem Kampfe mit Arabern, der an der Spitze von 7000–8000 Mann stand, gescheitert. Nur ein senegalesischer Sergeant ist entkommen. Auch Rabah hat große Verluste erlitten.

Spanien.

Madrid, 30. Oktober. Senat. In Beantwortung einer Anfrage erklärt Silvela, die Verfassung des Generalkapitans von Katalonien, betreffend die Steuerzahlungen, sei im Einverständnis mit der Regierung erlassen worden. Die Interpellation des Grafen Almenas wird auf morgen vertagt.

Deputiertenkammer. Der Republikaner Sol y Ortega greift eine Verfügung des Generalkapitans von Katalonien an, durch

welche die Steuerpflichtigen, welche die Zahlung der Steuer verweigern, für Aufrechter erklärt werden, und behauptet, die Katalonier seien keine Separatisten; dieselben seien unzufrieden wegen des Verlustes von Cuba und der Philippinen. Hierauf wird die Verhandlung vertagt. —

Asien.

Shanghai, 31. Oktober. Ein Telegramm der „North China Daily News“ aus Tschang-King vom 30. d. M. meldet, daß in Jehu-han-fien in der Provinz Szechuan ein Aufstand der Eingeborenen ausgebrochen und daß der Mandarin ermordet worden ist. Die Lage werde als ernst angesehen.

Partei-Nachrichten.

Ueber Parteiversammlungen, die sich mit dem Parteitag beschäftigten, liegen wieder einige Berichte vor. In Rotterdam erklärten sich die Genossen ohne Debatte mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden; in Grimnitzgau, Bochum und Hagen wurden nach kurzer Debatte Zustimmung-Resolutionen angenommen, in Jechniß in Anhalt erhob sich kein Widerspruch, und in 1. hamburgischen Wahlkreise wurden in der Debatte nur nebenhächliche Einwendungen erhoben, während ein Beschluß nicht gefaßt wurde.

In Mainz referierte Genosse David über den Parteitag. Er zeigte sich als von dem Gange der Bernstein-Debatte sehr erfreut. Wechselt er für die Bebel'sche Resolution gestimmt habe, erklärte er auch, der zweite Absatz sei ihm zwar zu eng und einseitig, trotzdem hätte er für den ganzen Absatz gestimmt, auch wenn er ihm noch weniger gefallen hätte, schon darum, weil der Absatz zugleich auch eine vortreffliche Definition unseres wahren und wirklichen Endzieles gebe, welche laute: „Die größtmögliche Wohlfahrt aller!“ Diese Feststellung des Endzieles mache dem „Ehler“ Bebel alle Ehre. Halte man das im Auge, so erscheinen alle übrigen „Endziele“ nur als Mittel zum Zweck, die sich in letzter Linie alle jenem wirklichen Endziel untergeordnet haben.

Nach einer längeren Diskussion, in der auch Gegner Bernsteins sprachen, wurde gegen eine Stimme diese Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages und der Thätigkeit ihres Delegierten, Genossen Dr. David, insbesondere in der Bernstein-Frage einverstanden. Sie erkennt den Klassenkampf als notwendig an und hält es für die Pflicht der Arbeiterklasse, zur Erreichung des Endzieles die gegenwärtigen Verhältnisse möglichst günstig für die Arbeiter zu gestalten, um sie geistig und körperlich auf ein höheres Niveau zu heben.“

Der Berliner Verleser der „Neuen Zeit“ (Nr. 5) kommt bei Gelegenheit der Besprechung des jüngsten Spielprozesses auf die Bemerkungen der „Dressauer Volkswehr“ (siehe „Vorwärts“ Nummer 246) gegen die Wahlrechts-Hinweise auf die Harmlosen in Hannover zurück und polemisiert dagegen. Er sagt, es mache sich in der Anschauung unserer schlesischen Parteiblätter ein Geist geltend, der, wenn er um sich greife, zum tödlichen Gifte für den Klassenkampf des Proletariats werden müßte. Man solle doch nicht behaupten, daß sich die Harmlosen zur bestehenden Klasse verhielten, wie die Lumpenproletarier zur arbeitenden Klasse.

„Denn da die „Harmlosen“ überwiegend aus Assessoren, Rentnern und sonstigen Säulen der Beamtenhierarchie bestehen, so müßte sich, wenn jener Vergleich stimmen sollte, die Brantenschaft der Socialdemokratie aus dem Lumpenproletariat rekrutieren, was denn doch der „Würde“ der Partei ungleich näher trete, als wenn man Parteitag und Spielprozess als härteste Kontraste gegenüberstellt.“

Am leichtesten wird die ganze Schiefheit der von dem schlesischen Parteiblatt beliebigen Beweisführung durch einen historischen Vergleich hergestellt. Man kann kein bürgerliches Geschichtswort über die große französische Revolution aussprechen, ohne den Halsbandsprozess als ein Symptom für die unheilbare Fäulnis des ancien régime aufgezählt zu finden. Und doch traten in diesem Prozess nur ein halbtägiger und verkommener Junker, nur eine Dirne, nur ein internationaler Hochstapler auf, also nur einzelne Exemplare der Kategorien, die in dem Berliner Spielprozess gleich überflüssig und schadenlos auf die Bühne geholt wurden. Jedoch die französische Bourgeoisie, die damals noch revolutionär zu denken vermochte, machte die ganze regierende Klasse für den Halsbandschwindel verantwortlich und wußte ihn trefflich zu benutzen, um selbst zur Herrschaft zu gelangen. Ja mehr noch: alle Historiker, und in erster Reihe die bürgerlichen, haben ihr bis auf den heutigen Tag bestätigt, daß sie sehr richtig geurteilt und gehandelt habe, so wie sie urteilte und handelte. Soll damit nun gesagt sein, daß die in Frankreich vor der großen Revolution regierende Klasse aus lauter solchen Gonnern bestanden habe, wie die Heiden des Halsbandschwindels? Nicht im entferntesten, und es wäre ja auch eine ganz unbillige Annahme; hat doch noch selbst in unserem Jahrhundert das ancien régime, nachdem es die schrecklichsten revolutionären Umwälzungen jahrzehntelang überstanden hatte, fünfzehn Jahre, von 1815 bis 1830, Stille Frankreich geherrscht. Wie schon vor vierzig Jahren an dieser Stelle angeführt wurde, bedarf jede regierende Klasse, um überhaupt bestehen zu können, arbeitsamer und fähiger Mitglieder, was keineswegs ausschließt, daß sie trotzdem in Grund und Boden verrotten sein kann. Wie ist eine Klasse verkommen gewesen, als das preussische Junkertum, das bei Jena zusammengedrückt wurde, und doch befanden sich an hohen und selbst höchsten Stellen in seiner Mitte diejenigen Männer, die wenige Jahre später das napoleonische Heer zu schlagen wußten.

Es kommt eben darauf an, ob man die Dinge vom historisch-politischen Standpunkt aus betrachtet, der die Klassenkämpfe als solche unterscheiden und würdigen kann, oder aber vom Standpunkt des Stichbürgers, der niemals fähig ist, den Wald von den einzelnen Bäumen zu trennen, und der deshalb auch dazu verdammt ist, sich ewig zu verirren. Säufen sich in der regierenden Klasse die Standale so, wie sie sich in Frankreich vor der großen Revolution häuften, und wie sie sich heute noch zehnfach häuften in der das preussisch-deutsche Reich regierenden Klasse häufen, so ist man wohl berechtigt, von solchen regierenden Klassen zu sagen, daß sie innerlich verfault seien. Ja, man ist dazu nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, wenn man die Interessen der unterdrückten Klassen wirksam vertreten will. Es heißt die Arbeiter, sei es auch in bestem Glauben, aber die wahre Sachlage täuschen, wenn man ihnen sagt: die „Harmlosen“ sind nur der Bodensatz der regierenden Klasse, aber nicht die regierende Klasse selbst. Das ist einfach nicht wahr, und gegenüber dieser ehrlichen, aber gefährlichen Schönfärberei loben wir uns den Verteidiger des „Harmlosen“ v. Kaiser, der vor den gerichtlichen Schranken in Moabit mit tragischer Geberde sagte: Mein unglücklicher Klient ist einem schrecklichen Verhängnis zum Opfer gefallen; wäre der Prozess vier Wochen später angehängt worden, so hätte man ihn nicht mehr gefaßt, und er würde eine glänzende Karriere als Beamter machen.“

Ein großes Arbeiterfest ist am vergangenen Sonntag in Genf gefeiert worden; alle Gruppen der belgischen Socialdemokratie, sowie alle Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereine waren durch Deputationen vertreten. Von Brüssel allein brachte ein Sonderzug 700 Personen. Der „Noorn“, die bekannte Genet-Gewerkschaft, brachte seine neuen Magazine ein. Diese stellen, wie dem „Peuple“ berichtet wird, einen imposanten, palastartigen Bau dar: in ihm sollen die Lager für Schutzwaffen und Konfektion gelegt werden. Das Fest wurde eingeleitet mit einem Lunch, an dem viele Tausende teil nahmen; in dem neuen Magazin hielt Anseele eine zündende Ansprache und im Festsaal des „Noorn“ fand die Feier durch einen Vau ihren Abschluß.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Rabinowitzer! Die Differenzen bei der Firma Schulz sind zu unserer Zufriedenheit beigelegt und ist hiermit die Sperre über dieselbe aufgehoben. Der Vorstand.

Sociales.

Löhne und Unfälle.

651 000 Personen waren im Jahre 1898 in den 8 Berufs-gesellschaften der Eisen- und Stahlbranche versichert, das ist seit 1887 fast die doppelte Zahl, nämlich gegen dieses Jahr mehr 418 000 Personen. Die anrechnungsfähigen Löhne betragen im Jahre 1887 in Summa 374 490 000 M. oder pro Kopf der Versicherten 828 M. Im Jahre 1899 stieg die Gesamtsumme auf 818 301 000 M. oder 962 M. pro Kopf und Jahr der Versicherten. Mitin beträgt die Einkommenssteigerung in 12 Jahren 16,18 Proz., seit 1891 beträgt die Steigerung aber nur 9,45 Proz. Das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, betrug der Durchschnittslohn pro Tag

Jahr	Tagelohn	Lohn-Steigerung oder -Minderung in Mark
1887	2,76	—
1888	2,76	—
1889	2,85	+ 0,09
1890	2,90	+ 0,05
1891	2,93	+ 0,03
1892	2,88	- 0,05
1893	2,90	+ 0,02
1894	2,91	+ 0,01
1895	2,92	+ 0,01
1896	3,01	+ 0,09
1897	3,03	+ 0,02
1898	3,26	+ 0,23

Thatsächlich ist aber für eine große Anzahl der beteiligten Berufs-gesellschaften der Tagelohn weit niedriger, weil es sich um Durchschnittslohn handelt. Die qualifizierten Arbeiter werden natürlich höher bezahlt, mithin die gewöhnlichen Handarbeiter viel schlechter. Allerdings verhalten sich die Zahlen etwas, wenn die thatsächlich gezahlten Löhne verrechnet werden. Zur Beitragszahlung zur Berufs-gesellschaft kommt nämlich von dem 4 M. übersteigenden Lohn als anrechnungsfähige Lohnsumme nur ein Drittel in Verrechnung. Da nun aber der Gesamtdurchschnittslohn weit unter 4 M. steht, kann die Verrechnung der thatsächlich gezahlten Löhne an dem Bilde nur sehr wenig ändern. Was will aber die gezogene Lohnsteigerung gegenüber der verteuerten Lebenshaltung — gestiegene Lebensmittelpreise, hochgeschraubte Wohnmieten etc. — bedeuten? Und wenn es sich dabei thatsächlich noch wenigstens um eine wirkliche Lohnsteigerung handelte. Das ist aber nur sehr begrenzt der Fall. Zunächst wird es wemigen Arbeitern vergönnt sein, sagen zu können, die Record-preise seien erhöht worden. Das Gegenteil ist der Fall. Je toller die Produktion, je toller auch die Abzüge vom Record, als Ertrag dafür läßt man Ueberzeit arbeiten. Der Lohn für die ab-solvierten Ueberstunden und Ueberleistungen ist aber in den angegebenen Tagen mit enthalten. Bei Licht besehen, dürfte sich herausstellen, daß der Arbeiter für das Mehrerkommen durch längere und an-gestrengtere Arbeit das Doppelte und Dreifache mehr leisten muß. Viel realer als die Lohnsteigerungen sind die Unfallzahlen.

Es verunglückten:

Jahr	In Summa	Pro Tausend der Versicherten	Tödtlich
1887	2 233	4,96	231
1888	2 877	5,06	227
1889	3 658	6,56	296
1890	4 235	7,30	348
1891	4 573	7,07	293
1892	4 587	7,90	272
1893	4 762	7,84	316
1894	4 942	7,50	300
1895	5 277	8,11	363
1896	6 065	8,40	375
1897	6 573	8,85	440
1898	7 820	9,30	470

In Summa 58 057 3945

In der Zahl der Unfälle sind die der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgesellschaft Hannover für 1898 nicht mit einbezogen. Wir können daher ruhig rund 60 000 Unfälle, darunter rund 4000 tödtliche, rechnen. Welche Unsumme von Blut und Leiden, mit uner-messlichem Schmerz und Leid für die Hinterbliebenen und Beteiligten im Gefolge! Seit 1887 stieg der Lohn um 16,18 Proz., die Unfallzahlen steigerten sich um 83,47 Proz.

Wie würde es aber erst aussehen, wenn die socialdemokratische Fraktion im Reichstage nicht fortgesetzt auf die straflose Ausnutzung der Arbeiter hinwirft und wenn die Arbeiterorganisationen nicht schon längst einen Teil der staatlichen Funktionen ausübten, nämlich die Prägung der gesetzlichen Bestimmungen nach Möglichkeit über-wachten.

Die Niederlage der Engländer.

Wenn auch die Schlacht um Ladysmith am Montag noch nicht zu einer vollen Entscheidung geführt hat, so ist doch der Erfolg auf Seiten der Boeren bereits ein außerordentlich großer und die Lage der fast ringum eingeschlossenen englischen Truppenmacht wird höchst schwierig. Da die Meldungen über den Verlauf des Kampfes aus englischer Quelle kommen, so ist anzunehmen, daß die Wirklichkeit noch ungünstiger für die Engländer ist, als die Mitteilungen zutage fördern.

Depesche des Generals White.

Die Depesche des Generals White über die Schlacht am Montag ist aus Ladysmith von 4 1/2 Uhr nachmittags datiert und hat folgenden Wortlaut:

Ich habe heute alle hier befindlichen Truppen verwendet, mit Ausnahme der für den Dienst nötigen Belagungs-mannschaften. Die Gebirgsbatterie Nr. 10 mit den irischen Hülfleuten und dem Gloucestershire-Regiment bedeckte ich, eine Stellung auf Hügel einzunehmen, um an unserer linken Flanke Luft zu schaffen. Die Truppen rücken 11 Uhr abends an. Während der Nacht gingen einige Kavaliere der feuernden Batterie mit ihren Geschützen durch. Ich hoffe indessen, dieselben wieder zu erlangen. Zwei Bataillone sind bisher nicht zurückgekehrt, werden aber heute abend zurück erwartet. Ich schickte zwei Divisionen Feld-artillerie und fünf Bataillone Infanterie, unterstützt von Kavallerie, unter dem General French ab, um die Stellung anzugreifen, auf welche der Feind gestern seine Geschütze aufgeschraubt hatte. Die Stellung war vom Feinde geräumt, unsere Truppen wurden aber mit großer Heftigkeit angegriffen. Ich glaube, wir fanden hier Roberts Truppen gegen-über. Dieselben hatten viele Geschütze und zeigten sich in großen Massen. Unsere Truppen waren sämtlich am Kampfe beteiligt, sie trieben den Feind mehrere Meilen zurück, es gelang ihnen aber nicht, an die Lagerplätze des Feindes heranzukommen. Unsere Verluste schätze ich zwischen 6000 und 8000 Mann, diejenigen des Feindes müssen viel größer gewesen sein, da das Feuer unserer Geschütze sehr wirksam zu sein schien. Nachdem der Kampf mehrere Stunden gedauert hatte, zog ich die Truppen zurück, welche in ihre Quartiere zurückkehrten, ohne vom Feinde belästigt zu werden. Der Feind hat große Truppenmassen konzentriert, seine Geschütze reichen weiter als unsere Feldgeschütze. Ich habe jetzt einige Schiffschiffe zur Verfügung, welche die Kanonen des Feindes zeitweise zum Schweigen brachten und welche, wie ich hoffe, den besten feindlichen Geschützen überlegen sein werden, mit denen der Feind die Stadt aus einer Entfernung von über 8000 Yards beschossen hat.

Anderer Schlachtberichte.

Wie der „Standard“ aus Ladysmith von Montagabend meldet, erwartete man, daß das Centrum den Hauptstoß auszuhalten haben würde, aber der Rückzug der Boeren änderte den Plan Whites; der rechte Flügel wurde stark ins Gefecht gezogen und mußte vom Centrum unterstützt werden. Die Boeren wurden als-dann stetig zurückgedrängt; darauf zog White, nachdem er den

Zweck der Aufklärung erreicht hatte, sich in guter Ordnung auf Ladysmith zu rück. Gegen Ende des Kampfes traf eine Abteilung Seesoldaten von dem in Durban liegenden Kriegsschiff „Potter“ ein, die schwere Geschütze ins Trossen führte. Nach dem vierten Schuss aus denselben waren die vierzig Pfänder der Boeren demontiert, so daß die Stadt Ladysmith von der Befürchtung einer Beschießung befreit ist. Die Boeren hielten das Feld mit vieler Tapferkeit und großer Ausdauer und mußten schwere Verluste erlitten haben.

Der Korrespondent der „Times“ berichtet folgende Einzelheiten: Die Boeren begannen das Bombardement der Stadt bei Tagesanbruch. General White sandte sofort Kavallerie unter General Krenk, sowie sechs Batterien und eine Infanteriebrigade in westlicher Richtung aus. Oberst Hamilton mit einer Brigade wurde nach Norden geschickt, um die feindliche Stellung zu umgehen. Der Feind verteidigte sich mit schwerem Geschütz sehr gut und sein Feuer war von vortrefflicher Wirkung. Unsere sechs Batterien beantworteten das feindliche Feuer. Um 8 Uhr morgens hatte unsere Kavallerie festgestellt, daß die Boeren in westlicher Richtung sehr stark waren; infolgedessen wurden unsere Geschütze zurückgezogen. Das Feuer dauerte bis gegen Mittag. Oberst Greenwood wurde dem Feinde entgegen geschickt; aber sein Angriff blieb erfolglos, weil der Feind sofort seine Stellung änderte und einen Scheinangriff auf unsere linke Flanke ausführte. Infolgedessen rief General White die drei Batterien zurück. Diese sind um 2 Uhr nachmittags ins Lager zurückgezogen, nachdem sie einen gefährlichen Rückzug ausgeführt hatten. Sie mühten sich noch einmal die feindliche Linie passieren, wobei sie große Verluste erlitten. Gegen Ende des Kampfes trafen zwei Schnellfeuerbatterien unter Befehl des Obersten Kampsul ein und eröffneten sofort ein wirksames Feuer gegen die feindliche Stellung.

2000 Engländer kapitulierten.

Ein Telegramm des Generals White an das Kriegsministerium aus Ladysmith vom 30. d. M. meldet:

Die von General White ausgesandte Kolonne, bestehend aus irischen Pässirern, einem Bataillon des Gloucester-Regiments und einer Gebirgsbatterie, welche zur Deckung der linken Flanke auf einem Hügel Stellung nehmen sollte, mußte nach beträchtlichen Verlusten kapitulieren.

Dazu meldet das „Neuerische Bureau“:

Die gefangen genommene Kolonne bestand aus 42 Offizieren und ungefähr 2000 Mann. General White fügte seiner Meldung hinzu: „Ich bin allein verantwortlich; die Stellung war unhaltbar.“

Kapstadt, 31. Oktober. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Wie den „South African News“ aus Ladysmith von heute gemeldet wird, wird jetzt am Fuße des Umbambane-Berges, wenige Meilen von Ladysmith entfernt, gelämpft. Mehrere Geschosse sind in die Stadt gefallen.

Auch auf dem westlichen Kriegsschauplatz

sind die Boeren erfolgreich. General Cronje, der Maseling belagert, berichtet über Lorenzo-Marquez, daß die Garnison von Maseling einen Ausfall gemacht hat. Die Engländer griffen die Boeren mit gefälltem Bajonett an, wurden aber von ihnen zurückgeschlagen, nachdem sie 10 Tote und zahlreiche Verwundete zurückgelassen hatten. Am Sonnabend verlangte Oberst Baden-Powell einen Waffenstillstand, um seine Toten begraben zu können, was ihm auch gestattet wurde.

Das „Neuerische Bureau“ meldet unter dem 25. Oktober aus Ryburg: Die Boeren erbeuteten einen Vorrat von Waffen und Munition, die von den Polizeimannschaften vor der Räumung der Stadt in einen Schacht geworfen waren. Eine Anzahl von Afrikanern in Versuchungslage hat sich jetzt offen den Boeren angeschlossen.

Ein Telegramm aus Barfky West meldet, die Boeren werfen, um die Stadt zu beschließen, rings um Kimberley Befestigungen auf.

General Bullers Ankunft.

London, 31. Oktober. General Buller, der zum Oberkommandierenden der englischen Armee in Südafrika bestimmt ist, traf heute nacht in Kapstadt ein.

In London.

Das schwere Unglück, welches den englischen Truppen bei Ladysmith widerfahren ist, ruht in London wie in ganz England ungeheure Aufregung hervor. Das Kriegsministerium hat an den General Buller eine Depesche geschickt, in welcher es dem General ankündigt, daß binnen etwa zehn Tagen drei neue Bataillone und eine Gebirgsbatterie zum Ersatz der erlittenen Verluste nach Südafrika abgehen werden.

London, 31. Oktober. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Die Abendblätter geben ihrem Schmerz über das unerhörte Unglück in Südafrika Ausdruck, wollen jedoch bis zum Eintreffen genauere Mitteilungen mit ihrem Urteil über dasselbe zurückhalten. Obwohl sie die Größe des Unglücks einsehen, suchen sie jede ungehörliche Aufregung über die Wirkung desselben abzumildern und meinen, daß der Verlust von 2000 Mann das Endergebnis nicht beeinflussen könne. Die Engländer seien entschlossen, koste es, was es wolle, ihre Suprematie thatsächlich anzuerkennen.

London, 31. Oktober. (W. L. V.) Das Kriegsamt hat den Befehl gegeben, daß die ersten Bataillone der Regimenter „Suffolk“, „Essex“ und „Derbyshire“ für den Dienst in Südafrika mobil zu machen sind.

München, 31. Oktober. (W. L. V.) Der Ausstand der Kohlenarbeiter in Serating hat heute weiter um sich gegriffen; auch die Guben der Coleridgegesellschaft sind in Mitleidenschaft gezogen.

Dransschweig, 31. Oktober. (W. L. V.) Dr. Blumenau, der Gründer der deutschen Kolonie Blumenau in Brasilien, ist hier gestorben.

Brüssel, 31. Oktober. (W. L. V.) In der Repräsentantenkammer erklärte der Minister des Aeußern auf eine Anfrage des Deputierten Denis, daß die belgische Regierung, nachdem sie im Haag formelle Verbindlichkeiten bezüglich des Vorgehens zur Konstitutionierung des Schiedsgerichtshofes, welcher binnen möglichst kurzer Zeit geschlossen werden soll, übernommen, ihre Verbindlichkeiten nicht abändern könne, indem sie die sofortige Schaffung eines nur von einzelnen Vertragsmächten eingerichteten Schiedsgerichtshofes vorschläge. Mehrere Mächte hätten bereits die Manifestationen ausgetauscht. Die Regierung könne weder der Entscheidung der übrigen Mächte vorgehen, noch Schritte zur Abklärung der in der Schlussakte festgesetzten Frist für den Eintritt zur Schiedsgerichtskonvention thun.

Ein Citat.

Die englische Nation (gens) als Volk (populus) betrachtet, ist das schätzbarste Ganzes von Menschen, im Verhältnis gegen andere (= einander) betrachtet. Aber als Staat gegen andere Staaten das verderblichste, gewaltsamste, herrschsüchtigste und kriegserregendste unter allen.“

Zimmmermann.

Sociale Rechtspflege.

Wahndrucker oder Ziegeldrucker. Dem jugendlichen Buchdrucker H. war von dem Druckereibesitzer Feilchenfeld in seinem Arbeitsbuch bescheinigt worden, daß er bei ihm zuerst als Anleger und dann als Ziegeldrucker thätig gewesen sei. H. war damit nicht zufrieden. Er verklagte H. beim G e r i c h t und verlangte, daß der Beklagte verurteilt werde, ihn im Wege des Buchdrucker zu bezeichnen. Der Kläger gab zu, daß er thatsächlich beim Beklagten die Ziegeldruck-Presse bedient habe; er meinte aber, er sei zweiter Maschinenmeister gewesen. Die Kammer VIII unter dem Vorsitz des Gewerbeichters Meier wies seine Klage mit der Begründung ab, daß er mit der Verrichtung seiner Thätigkeit als der eines

Ziegelbruders zufrieden sein muß, weil er thatsächlich an der Ziegeldruck-Presse gearbeitet habe.

Unbefugtes Verlassen der Arbeit. Der Maschinist B. mußte auf einem Dampfer des Schiffbauers Rebellmann zugleich Maschinisten- und Heizerdienste verrichten. Einmal Tages verlangte er die sofortige Einstellung eines Heizers, und verließ das Schiff, als ein solcher nicht gleich beschafft wurde. Er verklagte dann Rebellmann beim G e w e r b e g e r i c h t und machte eine Geldforderung gegen ihn geltend. Der Beklagte bestritt jede Verpflichtung, indem er sich darauf berief, daß B. die Arbeit unbefugt verweigert habe. Hierauf erwiderte der Kläger, er sei nicht verpflichtet gewesen, ohne Heizer zu fahren. Diese Angabe führte zu Erörterungen über die technischen und polizeilichen Anforderungen an den Schiffsverkehr. Es wurde festgestellt, daß der Kläger thatsächlich berechtigt war, die Anstellung eines Heizers zu verlangen. Die Kammer VIII wies ihn trotzdem mit seinem Ansprache ab und der Vorsitzende Meier fügte aus: Wenn sein Verlangen auch berechtigt gewesen sei, so hätte er doch erst warten müssen, ob nicht ein Heizer beschafft werde. Aber zu sagen, wenn nicht gleich einer da sei, dann lege er die Arbeit nieder, und dies sofort zu thun, das grenze an Chikane. Somit liege doch eine unbefugte Arbeitsverweigerung vor.

Versammlungen.

Für die Versammlung im 1. Wahlbezirk hatte Genosse Brun d das Referat übernommen. In der Diskussion vertrat ein Anhänger der Freisinnigen den von der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung in allen Fragen der sozialen Fürsorge eingenommenen Standpunkt. Nach längerer lebhafter Diskussion stimmte die Versammlung einer Resolution zu, welche die Anwesenden verpflichtete für die Wahl des socialdemokratischen Kandidaten, Restaurateur Preuß, einzutreten.

Die leider sehr schwach besuchte Kommunalwähler-Versammlung im 6. und 7. Bezirk veranlaßte den Referenten G w a l d auf ein erschöpfendes Referat zu verzichten und sich darauf zu beschränken, einige Forderungen des socialdemokratischen Kommunalprogramms zu erläutern und die Sünden des Berliner Kommunalregiments bei der Erörterung des Armenrats, öffentlichen Anschlagwesens, Elektrizitätswerke, Schulärztefrage und die geringe Entlohnung der städtischen Arbeiter ins rechte Licht zu rücken. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Eine gutbesuchte Kommunalwähler-Versammlung für den 21. Wahlbezirk tagte gestern im großen Saal von Stechert in der Andreasstraße. Der socialdemokratische Kandidat des Bezirkes, Genosse F r i t z W i l k e, beleuchtete in trefflichen Ausführungen die kulturfördernde Wirksamkeit der socialdemokratischen Fraktion im Roten Hause, der er den armen „Freisinn“ und die öde socialpolitische Einseitigkeit des Kommunal-Liberalismus gegenüberstellte. Die Versammelten zeigten ihr Einverständnis, indem sie dem Redner lebhaft Beifall spendeten. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Die Genossen S c h n a b e l und H e i n i g trugen einige kommunale Vorstände und ermunterten die Anwesenden, für eine rege Wahlbeteiligung zu Gunsten Wilkes zu sorgen. Nach dem zündenden Schlusswort des Kandidaten verpflichtete sich die Versammlung in einer Resolution, dem Genossen Wille am 6. November zum Siege zu verhelfen.

Für den 26. Bezirk tagte eine stark besuchte Versammlung im „Eisbium“ in der Landoburger Allee. Der Kandidat für diesen Bezirk, Gen. H u g o H e i m a n n, erläuterte in einem ausführlichen Referat die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Redner kritisierte in trefflicher Weise das „freisinnige“ Verhalten der Mehrheit in der Berliner Stadtverwaltung gegenüber allen vollständigen Forderungen der Socialdemokratie. Referent schloß seine interessanten Ausführungen mit dem Wunsch, möge der Wahltag und den Sieg unserer Partei über den Freisinn bringen. (Lebhafter Beifall.) Von den Gegnern meldete sich trotz mehrfacher Aufforderung keiner zum Wort. Vorknamm ergänzte einige Ausführungen des Referenten in Bezug auf das Schulwesen. Stadthagen kritisierte in scharfen Worten die traurigen Lohn- und Arbeiterverhältnisse auf den städtischen Rieselgärten, sowie die Missethate in der Armenverwaltung. Es scheint wohl auch mir ein Zufall zu sein, daß am Tage der Wahl die Kontrollveranlassungen stattfinden! In einer Resolution verpflichteten sich alle Anwesenden, für die Wahl des Genossen Heimann einzutreten. Am künftigen Sonntag, den 5. November, findet eine allgemeine Wählerversammlung bei Keller in der Appenstraße statt.

Für den 30. Bezirk tagte gestern abend eine Kommunalwähler-Versammlung im Lokal „Zum alten Dessauer“, Artilieriestraße. Referent war der Kandidat des Bezirkes, Genosse S a s s e n b a c h, welcher im Eingang seines Referates das bestehende Wahlsystem einer herben Kritik unterzog, aber seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß trotzdem für die Arbeiterklasse keine Veranlassung bestehe, Abwesenheit zu treiben. Redner entwarf sodann ein getreues Bild der kommunalpolitischen Zustände Berlins unter dem freisinnigen Regiment und besprach diejenigen Postulate, deren Verwirklichung die Socialdemokratie im Interesse einer geordneten Entwicklung der Gemeinde fordern mußte. Insbesondere wies der Redner auf die Aufgaben der Gemeindeverwaltung in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber hin.

Mit der Aufforderung an die Anwesenden, am kommenden Montag im Sinne der Socialdemokratie zu stimmen, schloß der Redner.

Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende machte noch darauf aufmerksam, daß am Sonntag eine Flugblatt-Verteilung und eine weitere Versammlung stattfinden werde und erfolgte alsdann Schluss der Versammlung.

Für die Kommunal-Wahlbezirke 40, 46, 47 und 48 tagte gestern abend im Koldberger Salon eine Versammlung. Eine dicke, Kopf an Kopf gedrängte Menge, darunter sehr viele Frauen, folgte den von prädelndem Humor durchzogenen Ausführungen des Genossen Singer in gespanntester Aufmerksamkeit, dieselben oftmals durch lebhaften Beifall unterbrechend. Der Redner unterzog besonders die Wahlversprechungen der liberalen Kandidaten einer ägenden Kritik, die darin gipfelte, daß die Sonne, die über Berlins kommunaler Verwaltung ihre Strahlen breite, mit sehr viel schwarzen Flecken bedeckt sei. Aber auch in das rote Haus mußte der socialistische Geist seinen Einzug halten, der Geist, dessen Bethätigung sich in die Worte zusammen fassen lasse: Alles durch das Volk und für das Volk. Brausender Beifall belaudete das Einverständnis und den festen Willen der Versammelten, bis zum Wahltag ihre Schuldigkeit im vollsten Maße zu thun, damit Männer aus die Wahl als gewählt hervorgehe, die wirkliches Verständnis für die Bedürfnisse der großen Masse und nicht bloß leere Versprechungen dafür haben. Eine im Sinne des Referates gehaltene Resolution gelangte, nachdem noch H i n c h e im gleichen Sinne gesprochen hatte, zur einstimmigen Annahme. Aus dem Schlusswort des Genossen Singer sei noch besonders hervorgehoben, daß die Bestimmung — natürlich auf Drängen der Socialdemokraten — getroffen ist, daß die bis um acht Uhr abends vor dem Wahllokale eintreffenden Wähler selbst auch dann noch zur Wahl zugelassen werden, wenn bei ihrem Eintreffen der Eintritt wegen der Ueberfüllung nicht gleich möglich sein sollte.

Freie Volkshäuser. Die Generalversammlung des Vereins fand am Donnerstag, den 28. d. M., in Coburg Festsaal statt. In dem Geschäftsbericht konnte der zweite Vorsitzende Herr Gausse eine erfreuliche Mitgliederzunahme konstatieren. Gleich bei der ersten Vorstellung waren alle sechs Abteilungen gefüllt, sodas der Verein 6400 Mitglieder hat. Der Bechiel des Theaters sei von den allerbesten Folgen begleitet. Der Verein sei jetzt finanziell besser gestellt, sodas die Vorstellungen in bester Besetzung von statten gehen können. Infolgedessen hat der Vorstand den längst gehegten Plan, den Mitgliedern eine würdige Hausvorstellung zu bieten, verwirklichen können. Im nächsten Monat werde ein Schauspiel von Max Treyer — Winterjoch — unter Mitwirkung erster Kräfte aufgeführt werden. Die nächste Vorstellung im Festsaal-Theater, die im Dezember stattfindet, werde Leising „Mama von Barnhelm“ bringen.

Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 11 085,92 M., Ausgabe 6 290,36

Sodas am 1. Oktober 1899 ein Bestand von 4789,56 M. verbleibt.

Zu der Diskussion verlangt Kränkel die Aufführung der „Familie Bawrock“ von Adams. Dieses Verlangen wird jedoch von Maas und Cohn aus verschiedenen Gründen zurückgewiesen. Eine längere Diskussion entspann sich dann über die Anzutraglichkeiten, die bei Beginn der Vorstellung durch die unpünktlich erscheinenden Mitglieder entstehen. Es werden verschiedene Anträge eingebracht, die Abhilfe schaffen sollen. Es wird jedoch beschlossen, vorläufig von Zwangsmaßnahmen gegen die künftigen kommenden Abstand zu nehmen in der Hoffnung, daß diese Mitglieder jetzt pünktlicher sein werden. Zum Schluss werden noch verschiedene Vorschläge gemacht, schon aufgeführte Stücke, wie „Kathar der Weise“, „Pfarrer von Kirchfeld“, „Weineldbauer“ usw. zu wiederholen.

Zur Denkmals-Verfälschung in der Sieges-Allee. Eine stark besuchte Versammlung der Steinmeyer, die auch von italienischen Steinarbeitern zahlreich besucht war, tagte gestern im Englischen Garten, um zu der Beschädigung der Denkmäler in der Sieges-Allee insbesondere aber, um zu der bekannnten Vernehmung des Professor Meier von der Akademie der Künste Stellung zu nehmen. Ausnahmslos wurde von allen Rednern, auch von den anwesenden Steinbildhauern, die Verächtlichung des Herrn Professor Meier, daß der Urheber der Denkmalsverfälschung unter den Berliner Steinarbeitern zu suchen sei, mit Entrüstung zurückgewiesen. Von einem Redner oder Protzweid gegenüber den italienischen Berufscollegen könne gar keine Rede sein, weil die hier arbeitenden italienischen Steinmeyer und Steinbildhauer den hiesigen Berufsorganisationen angehören und gemeinsam und solidarisch mit ihren deutschen Kollegen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten und überhaupt ein gutes Verhältnis zwischen den Arbeitern der beiden Nationalitäten besteht. Es wurde im weiteren darauf hingewiesen, daß auch die Art der Beschädigung nicht darauf schließen läßt, daß sie von Sachleuten ausgeführt worden ist, vielmehr muß das Gegenteil angenommen werden.

Einstimmig gefasste folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung verurteilt ganz entschieden die Denkmalsbeschädigung in der Sieges-Allee, als einen gemeinen Rohheitsakt. Zu gleicher Zeit protestiert die Versammlung gegen die Verächtlichung des Herrn Professor Meier von der Kunstakademie, daß die nutzlosen Lächer in den Reihen der Berliner Steinarbeiter zu suchen seien. Die Berliner Steinarbeiter haben zu solchen Rohheiten gar keine Veranlassung, indem sie mit ihren italienischen Kollegen in Berlin im besten Einvernehmen leben; sie würden eine solche unerhörte Handlungsweise auch dann verurteilen, wenn letzteres nicht der Fall wäre.

Die Feilenhauer und Berufsgenossen tagten am 28. d. M. in Willbrodt's Festsaal in einer öffentlichen Versammlung. Gegenstand der Tagesordnung war der Streit bei der Firma Feiler, Elisabeth-Str. 19, und H. Nieme, Rantzenstr. 39. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer längeren Ansprache, in welcher er die Missethate im Feilenhauergewerbe klar legte. Die Feilenhauer hätten seit zehn Jahren nichts zur Verbesserung ihrer Lage gethan und ist der Verdienst ein so schlechter, daß wir nicht in der Lage sind, unserm Körper das zuzuführen, was bei dieser anstrengenden Arbeit nötig ist, um die Lebensdauer zu verlängern. Wenn ein geübter kräftiger Feilenhauer zehn Jahre auf große Arbeit zugebracht habe, dann sei er nur noch auf kleine Arbeit zu gebrauchen. Es seien deswegen folgende Forderungen zu stellen: 1. 25 Proz. Erhöhung des Accoridarius, 2. Bei Lohnarbeit 50 Pf. pro Stunde, 3. 9stündige Arbeitszeit, lebhafter Beifall wurde dem Vorsitzenden für seine Ausführungen gezollt. Des weiteren erstattete die Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen, welche mit den Unternehmern gepflogen worden sind, welche jedoch zu keinem Resultat geführt haben. Der Herr Feiler hat der Lohnkommission gegenüber verlangt, daß man ihm erst zwei bis drei Monat Zeit zur Beantwortung unserer Forderung geben solle. Herr Nieme ließ ein Plakat folgenden Wortlaut an der Thür seiner Werkstatt anheften: Eintritt strengstens verboten, hauptsächlich der Lohnkommission! Als die Mitglieder der Lohnkommission trotzdem die Werkstatt betreten, kam ihnen Herr Nieme mit erhobenem Stos entgegen. Am weiteren Konflikt aus dem Wege zu gehen, machten die Mitglieder der Lohnkommission kehrt, verlor von Herr Nieme, der in erregter Weise rief: Mit dem Knüttel können Sie was kriegen, ausweichen lassen wir Sie. Hierauf entspann sich eine lebhafte Diskussion, in welcher sich alle Redner dahin ausdrückten, die gestellten Forderungen hochzuhalten. Im Laufe der Diskussion meldete sich der Vertreter des Herrn J. und führte aus, daß die Arbeiter doch die Arbeit, welche sich in der Werkstatt befindet, zu den alten Bedingungen fertig machen möchten, dann wäre Herr J. nicht abgeneigt, etwas von den Forderungen zu bewilligen. Jedoch wurde dem Herrn der Beiseid, daß die Arbeiter nach der Behandlung, welche ihren Vertretern von Seiten des Herrn J. widerfahren ist, nicht gewillt sind, auch das geringste von ihren Forderungen abzulassen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten der Kollegen bei Feiler und Nieme einverstanden und verpflichtet sich, dieselben in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Schwargendorf. Am 28. d. M. fand hier eine öffentliche Parteiverammlung statt. Der angelegte Vortrag über „Kompromissfragen“ konnte, da der Referent Rechtsanwalt Kränkel am Tischchen verhindert war, nicht erfolgen. Bericht der Revisoren: Einnahme 105,75 M., Ausgabe 83,10 M., bleibt Bestand 22,65 M. Zum dritten Male, Wahlen, wurden die Genossen Gösch und Seeger als Revisoren, Kapp als Vertrauensmann und zur Lohnkommission die Genossen Marocke, Kammann und Ott gewählt. Nachdem der Vorsitzende die anwesenden Richterorganisten mit kräftigen Worten zum Beitritt zur politischen Organisation ermahnt hatte, schloß er die Versammlung.

In Spandau tagte am Sonntag eine Gewerkschaftsversammlung, in der J a h n - Berlin über die Gewerbegerichte referierte. Sodann gaben Piper und Lanne Bericht über ihre Thätigkeit am Gewerbegericht. Nach Erörterung noch einiger gewerkschaftlicher Angelegenheiten erfolgte Schluss der Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 31. Oktober. (W. L. V.) Die „Frankfurter Jtg.“ meldet aus New York: Der Dampfer „City of Augusta“ liegt im North River mit dem Fährboot „Chicago“ zusammen. Geleges sank. 120 Menschen fielen ins Wasser; davon sind vielleicht 60 ertrunken.

Ludwigshafen, 31. Oktober. (W. L. V.) Der „Kaiserlichen Rundschau“ wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß nächsten Donnerstag unter dem Vorsitz v. Gobbiolskis in Stuttgart eine Konferenz stattfinden werde, in der über die Einheitlichkeit der Postwertzeichen in ganz Deutschland beraten werden soll. Die Verhandlungen sollen später in München weiter fortgesetzt werden.

Bern, 31. Oktober. Der Bundesrat Eugen Ruffy wurde zum Direktor des Weltpostvereins gewählt.

Paris, 31. Oktober. (W. L. V.) Nach einer Meldung der Blätter ist P. Trilarsende Schagle, der sich in der Gefangenschaft des Sultan's Kabah befand, dem Hungertode erlegen.

Smyrna, 31. Oktober. (W. L. V.) In nächster Zeit werden hier ein französisches, ein italienisches und ein österreichisches Geschwader eintreffen.

Porto Ferrajo, 31. Oktober. (W. L. V.) Infolge eines heftigen Gewitterregens wurde Marciana Marina unter Wasser gesetzt. Der Schaden ist sehr groß. Mehrere Häuser sind eingestürzt, andere gefährdet. Militär ist zur Hilfeleistung eingetroffen.

Bading in Berlin. Siegen 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen!

Am Montag, 6. November, finden von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr, im 1., 3., 6., 7., 15., 16., 19., 20., 21., 26., 27., 30., 33., 38., 40., 43., 44., 45., 46., 47. und 48. Kommunal-Wahlbezirk dritter Abteilung die **Ergänzungswahlen** für die **Stadtverordneten-Versammlung** statt.

Parteigenossen! Die Neueinteilung der Kommunal-Wahlbezirke, die durch die Vermehrung der Stadtverordnetenliste erforderlich geworden ist, verschafft den diesjährigen Wahlen eine ganz besondere Bedeutung. Die Vermehrung der Sitze muß der Socialdemokratie, als der legitimen Vertreterin der unterdrückten Bevölkerungsschichten, eine **Vermehrung ihres Einflusses** im Berliner Stadtparlament verschaffen. Es gilt, zu den bisherigen Sitzen eine Anzahl neuer Mandate hinzuzuerobern, eine Aufgabe, die bei der Arbeiterfeindlichkeit der herrschenden Klassen, bei der Rückständigkeit des maßgebenden **Kommunalfreisinn** allen socialen Anforderungen gegenüber, heute **dringlicher denn je geworden ist**.

Parteigenossen! Das volksfeindliche Dreiklassen-Wahlssystem, dessen Ungerechtigkeit die erste und zweite Wählerabteilung ausschließlich den Geldsachinteressen reserviert, zwingt uns, unser ganzes Wirken auf die **dritte Abteilung** zu konzentrieren. Diese muß aber der **Socialdemokratie** **erobert werden**. In begeisterungsfreudiger Agitation sind die Säumnigen aufzurütteln, die Unentschiedenen zu belehren, damit sie wie bei der Reichstagswahl so auch bei den Wahlen zum Stadtparlament ihre Rechte durch die Wahl **socialdemokratischer** Vertreter zur Geltung bringen.

Auf zur Agitation! Vorwärts zum Kampf und Sieg!

Mordprozeß Wegener.

Der 19jährige Kaufmännische Franz Wegener, der den genaueren Mordanschlag gegen seine 53jährige Großmutter verübt hat, wurde gestern der neunten Strafkammer des Landgerichts I (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Hoppe) aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte macht einen feinen jugendlichen Mann entprechenden, völlig unentzündlichen Eindruck und sieht so unfehlbar aus, daß man ihm eine so furchtbare That kaum zutrauen kann. Die gegen ihn erhobene Anklage lautet auf schweren Mord, verübten Mord und Diebstahl. In einer Nachtragsanfrage wurde er noch einer Unterschlagung von hundert Mark beschuldigt. Einen Mitleid erregenden Eindruck machte die alte, völlig geschwächte und matronenhafte aussehende Großmutter, die von zwei Angehörigen in den Gerichtssaal geführt werden mußte und ihren linken Arm noch in einem Gipfverbande trägt. Der gänzlich verlorrene Bengel gab ohne irgend ein Zeichen der Reue seine ungläubliche That zu. Er hatte seinem Arbeitgeber 100 M., die ihm dieser zum Besuche anvertraut hatte, unterschlagen und das Geld mit liebedürftigen Frauenzimmern verjubelt. Nach drei Tagen war er mittel- und obdachlos. Er begab sich nun zu seiner Großmutter, welche im Hause Luisenstraße 4 eine kleine Wohnung inne hatte, die sie mit zwei Schlafkammer teilt. Der Angeklagte erzählte, daß er am folgenden Tage nach Hamburg reisen wollte und hat für die Nacht im Obdach. Die Großmutter nahm ihn auf, sie räumte ihm ihr Bett ein und schielte selbst auf dem Sofa. Am folgenden Morgen standen beide vor sieben Uhr auf und nahmen in der Küche gemeinschaftlich den Kaffee ein. Sodann begaben sich die beiden Schlafkammer auf Arbeit. Die alte Frau hatte noch in der Küche zu schaffen, während der Angeklagte in der Vorberküche blieb. Plötzlich öffnete dieser die Thür, stürzte in die Küche und packte seine Großmutter von hinten mit der linken Hand um den Hals, während er mit seinem Taschenmesser, das er in der Rechten hielt, eine Anzahl Stiche gegen ihren Kopf führte. Die alte Frau gab nur ein Stöhnen von sich, sie hielt sich aber noch aufrecht. Darauf ergriff der jugendliche Mordgesele ein schweres Mangelholz, welches an der Thür stand, und führte hiermit vier wuchtige Schläge gegen den Kopf der Großmutter. Die Greisin brach zusammen. Jetzt suchte der Angeklagte Geste. Er fand in einer Schublade der Kommode ein Schächtelchen, welches 110 M. in Gold und Silber enthielt. Daneben lagen 6 Stück Berliner Stadtbligationen, a 500 M. Der Angeklagte nahm Geld und Papiere an sich. Jetzt entdeckte er, daß er seine Kleidung mit Blut besudelt hatte. Er öffnete den Schrank, in welchem die Schlafkammer ihre Kleider aufbewahren, und verkaufte seinen Kuzug mit einem aus dem Schrank. Dann verließ er die Wohnung, ohne auch nur einen Blick auf sein in der Küche wie leblos liegendes Opfer zu werfen, verschloß die Thür, steckte den Schlüssel zu sich und verließ das Haus.

Präsi.: Angeklagter, ist es alles so gewesen? — Angell.: Ja. — Präsi.: Wann haben Sie denn den Plan gefaßt, Ihre Großmutter zu ermorden und zu berauben? — Angell.: Während der Nacht, als ich in ihrer Stube schlief. — Präsi.: Wie konnten Sie nur ein so ungeheuerliches Verbrechen begehen? Hatten Sie keine Ehrfurcht vor dem weihen Haupte Ihrer Großmutter? — Der Angeklagte giebt keine Antwort, ohne eine Spur von Gemütsbewegung blüht er vor sich hin. — Präsi.: Haben Sie geglaubt, daß Ihre Großmutter tot sei? — Angell.: Ja. — Präsi.: Nun sind Sie in das Bankgeschäft von Reugebauer gegangen und haben das eine der Papiere in Geld umsetzen wollen? — Angell.: Ja. — Präsi.: Man ist dort aber so vorsichtig gewesen, Ihnen vorläufig nur einen Deposchein zu geben. — Angellagter: Ja. — Präsi.: Darauf sind Sie nach der Vesselfstraße Nr. 3 gegangen, wo eine Ihnen bekannte Prostituierte wohnt. Sie haben mit dem Mädchen Unzucht getrieben und ihm als Belohnung 30 M. gegeben. Sodann haben Sie das Mädchen erstickt, mit Hilfe des Wirtes die übrigen Obligationen umzusetzen. Dies hat Verdaht erregt und man ließ Sie verhaften. — Angell.: Ja, so ist es gewesen. — Präsi.: Welchen Schulunterricht haben Sie genossen? — Angell.: Ich habe die Gemeindevorschule durchgemacht. — Präsi.: Weshalb sind Sie zu der Großmutter gegangen? Hatten Sie schon vorher den Plan gefaßt, sie zu ermorden? — Angell.: Nein, der Gedanke ist mir erst in der Nacht gekommen. — Präsi.: Haben Sie schon öfter bei der Großmutter genächtigt? — Angell.: Nein. — Präsi.: Nebenfalls wußten Sie, daß ihre Großmutter Geld besaß und wo sie es aufbewahrte? — Angell.: Ja. — Präsi.: Was wollten Sie denn mit dem Gelde anfangen? — Angell.: Ich wollte nach Hamburg machen. — Präsi.: Warum wollten Sie denn von den Eltern fort? Die Eltern waren Ihnen wohl zu streng? — Angellagter: Ich habe eine Stiefmutter und mit dieser habe ich mich nicht gut gefunden. — Präsi.: Die Großmutter ist doch immer sehr gut zu Ihnen gewesen und hat Sie öfter beschenkt? — Angellagter: Ja. — Präsi.: Haben Sie vorher der Großmutter schon gesagt gehabt, daß Sie Geld haben wollen. — Angellagter: Nein.

Damit ist das kurze Verhör beendet. Darauf wurde die alte Frau Auguste Friederike Kapf geb. Barleben als Zeugin vernommen: Als der Angeklagte am 26. September zu ihr gekommen, habe sie keinerlei Verdacht gehabt, denn der Angeklagte habe gesagt, er wolle am nächsten Morgen nach Hamburg fahren. Am nächsten Morgen — so fuhr die Zeugin fort — verlorgte ich meine beiden Schlafkammer und machte mir und meinem Enkel Kaffee. Dann sagte ich dem Franz, er soll doch machen, daß er fortkommt, wenn er nach Hamburg wolle. Er ging aber nicht, sondern quergelte immer weiter. Endlich that er, als ob er gehen wollte, wie er aber an der Schenke war, drehte er sich um, kam plötzlich auf mich zu, packte mich am Hals und rief: „Jetzt mußt Du sterben!“ Er hatte auch etwas in der Hand und versuchte, mir etwas in den Mund zu stecken, um mich am Schreien zu verhindern. Es gelang ihm dies aber nicht und da fing er an, mich zu schlagen und mit einem Messer zu stechen. Ich wurde ohnmächtig und fiel zur Erde; ich kam einmal wieder zur Besinnung, gleich darauf war mir aber wieder schwarz vor Augen. Ich habe von früh bis zum Abend

so gelegen, bis die Schlafkammer wieder nach Hause kamen und mich auffanden.

Die alte Frau beschwor ihre Aussage und damit war die Beweisaufnahme in der Hauptsache erledigt. Der als Sachverständiger vorgeladene Dr. med. Ballmüller, der der Frau die erste ärztliche Hilfe geleistet hat, hat Verwundungen an der linken Ohrmichel, Stiche an der linken Kopfseite, eine kassende Wunde an der linken Schenkelwurde an der Hinterlippe und dem linken Schenkelbein und einen durch Schläge mit dem Mangelholz verursachten Bruch des linken Armes festgestellt. Es ist ein Wunder, daß die Frau mit dem Leben davon gekommen ist. Der Schlafkammer, der bei seiner Heimkehr durch ihr Klagen aufmerksam gemacht worden war, hat sie im Bett vorgefunden; sie muß daher noch die Kraft gehabt haben, sich bis zum Bett zu schleppen. — Staatsanwaltschaftsrat Schmidt erachtete die Thatfache, daß der Angeklagte von vorne herein die volle Wahrheit gesagt hat, für den einzigen Lichtschimmer in dieser so überaus trübten Sache. Dieser vierzehnjährige Mensch hat sich zu seiner Großmutter, die ihm nur Gutes erwiesen, beggeben in der Absicht, sie zu ermorden und sich ihrer Erbschaft zu bemächtigen. Er hat vorher seinem Vorgesetzten 100 M. unterschlagen und das Geld mit liebedürftigen Dingen verpraßt, er hat sich von der zu Boden geschlagenen Großmutter sofort wieder zu einem Frauenzimmer beggeben und dort seinen niederen Trieben geföhnt. Keine Spur von Gewissensbissen, keine Spur von Reue! Angesichts dieses entsetzlichen Verbrechens ist es Pflicht des Gerichts, die höchste Strafe in Anwendung zu bringen, um die bürgerliche Gesellschaft so lange wie möglich von einem solchen Menschen zu befreien. Das höchste Strafmaß ist für den verurteilten Mord 7 Jahre 6 Monate Gefängnis und unter Hinzurechnung der Strafen für den Diebstahl und die Unterschlagung empfindet sich eine Gesamtstrafe von acht Jahren Gefängnis.

Rechtsanwalt Weher als Verteidiger erklärte, daß unter den obwaltenden Umständen die Verteidigung nur eine ganz formale sein könne. Er habe trotz der sorgfältigen Nachforschung über das Vorleben des Angeklagten keine Spur von geistiger Belastung desselben entdeckt, obgleich es eigentlich fast ungläublich erseine, daß ein so junger Mensch eine solche Gewaltthat gegen seine eigene Großmutter ausüben könne. Die That selbst könne nur als verurteilter Mord charakterisiert werden, es sei viel leicht fraglich, ob man dem Angeklagten so viel Heberlegung zutrauen könne, daß er die That bei ruhigen kaltem Verstande ausgeführt hat. Es spreche eigentlich wider die Natur des Menschengehirns, daß einer ohne jede Veranlassung zu einer solchen That schreiten könne. Er gebe dem Gerichtshof anheim, Widerungsgründe darin zu finden, daß dem Angeklagten die Liebe der natürlichen Mutter gebrüht, daß er seinen richtigen Halt im irdischen Hause gehabt habe und daß er durch eigene Schuld in die Lage gekommen sei, in das Vaterhaus nicht mehr zurückkehren zu können und als Obdachloser die Großmutter aufsuchen zu müssen.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts. Es sei zweifellos, daß der Angeklagte die zur Strafbareit seiner Handlung erforderliche Einsicht besessen habe. Er sei ein Mensch, der zu einem liebedürftigen Lebensweise neige. Nachdem er das durch Unterschlagung erworbene Geld verjubelt habe, sei ihm der Plan zu einem ungeheuerlichen Verbrechen gekommen und er habe eine That begangen, wie sie fürchterlich nicht gedacht werden könne. Der Angeklagte besitze eine ungläublich rohe Natur, wie sein Verhalten unmittelbar nach der That beweise. Ein erwachsener Mensch würde für den verurteilten Raubmord 15 Jahre Zuchthaus erhalten haben. Bei einem jugendlichen Verbrecher müsse die Strafe auf die Hälfte herabgesetzt und in Gefängnis umgewandelt werden. Dies würde also einer Gefängnisstrafe von 7½ Jahren gleichkommen, die unter Hinzurechnung der Strafen für die übrigen Straftaten auf eine Gesamtstrafe von 8 Jahren erhöht worden sei.

Der Angeklagte erklärte mit derselben Apathie, die er während der ganzen Verhandlung gezeigt, daß er sich bei dem Urteil beruhige. Der anwesende Vater verzichtete darauf, ein Rechtsmittel zu Gunsten seines mißratenen Sohnes einzulegen.

Tokales.

Die Mitglieder der **Werkkommision** werden ersucht, am Freitag, 3. November, abends 8¼ Uhr, zu einer Sitzung in der Redaktion des „Vorwärts“ zusammenzutreten. E. Gerstenberger.

Achtung, zweiter Wahlkreis. Heute, Mittwoch, den 1. November, abends 8¼ Uhr, findet eine **Versammlung** für den 3. Bezirk bei Lorenz, Markgrafenstraße 83, statt. Referent: Adg. Fritz Jubel. Tagesordnung: Die bevorstehenden **Stadtverordneten-Wahlen**. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für regen Besuch zu agitieren. Das Wahlkomitee.

Rot werden möchte der Berliner Freisinn, wenn die Stadtverordneten-Wahlen herankommen, — rot und immer röter, wenn er seine Auserkorenen in die Wähler-versammlungen schickt, um sie dort ihr „Programm“ aufzulegen zu lassen. Man verstehe uns aber bei dem Worte „rot“ nicht falsch! Nicht erröten möchten diese „wahren Volksmänner“, erröten über die Sünden der liberalen Stadtverwaltung, zu denen sie ihr redlich Teil beigetragen haben. Nur in das Rot des „Kommunal-Socialismus“ sucht sich mancher von ihnen zu kleiden, wenn er vor die Wähler hintreten muß.

In ruhigeren Zeiten betrachtet es der Freisinn als seine wichtigste Aufgabe, die meisten socialdemokratischen Forderungen auf kommunalem Gebiete als übertrieben und unversämmt hinzustellen und ihre Undurchführbarkeit oder Schädlichkeit zu beweisen. Diese Taktik hat sich leider nur zu oft, wenn auch erfruchtlicherweise nicht immer, als brauchbar und erfolgreich erwiesen, wenn es galt, eine Forderung zu Falle zu bringen, die die socialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung im

Interesse der weniger bemittelten Bevölkerung gestellt hatte. Sobald aber die Wahlen näher kommen und die Wähler bearbeitet werden müssen, dann ist in gewissen stark gefährdeten Bezirken mit dieser Taktik nicht mehr viel zu machen. Wo der Kandidat des Freisinn nicht darauf rechnen darf, daß die Gedanklosigkeit der Mehrzahl der Wähler ihm nach altem Herkommen noch einmal zum Siege verhilft, oder wo er nicht sicher ist, als bestmöglicher Vertreter der Bezirksinteressen ohne weiteres jeden anderen ausstechen zu können, wo er sich einer aufgekärten Arbeiterbevölkerung gegenüber sieht, — da wird er, wie gesagt, rot. Was reden denn die Socialdemokraten, rufen dann die „wahrhaft freisinnigen Männer“, die nun mit einem Male hier und da und dort und allenthalben auftauchen, was reden denn die! Was die wollen, das wollen wir ja auch! Das sind ja alles alte liberale Forderungen, die haben wir Liberalen ja schon aufgestellt, als es noch gar keine Socialdemokraten gab!

Gewiß, es ist wahr, man es von dem, was wir Socialdemokraten heute auf kommunalem Gebiete fordern, wurde früher schon vom Liberalismus gefordert. Aber wenn ihr Liberalen das damals so ernst meinet, wenn ihr es heute noch ernst meint, — eil warum habt ihr es denn „curae“ Forderungen nicht längst bewilligt? Ihr habt ja die Macht dazu! Wir wären ja froh, wenn wir zu den weiter gehenden Forderungen, die wir haben — und die ihr niemals vertreten habt, noch jemals vorzürten werdet —, nicht auch noch eure „alten liberalen“ von euch selber bisher unerfüllt gelassenen Forderungen mit aufnehmen müßten.

Diese Erinnerung an die „alten liberalen Forderungen“ dauert, wie die Erfahrung lehrt, leider nicht länger als bis zum Wahltage. Wenn der Kostümwechsel seine Wirkung gethan hat, dann wird der rote Mantel des Socialismus wieder in das Garberobeschild gehängt, das Gewand des Freisinn — ein Gewand von längst verblähter, kann noch zu bestimmender Farbe — wird wieder hervor geholt, und alles bleibt, wie es gewesen war. Man könnte über die Komödie lachen, wenn es sich nicht um eine so ernste Sache handelte, und wenn nicht leider noch so viele auf dieses Komödientpiel hineinfließen.

Petroleumvertenerung und anderes. Ueber die Petroleum-Konvention, die die erhebliche Preissteigerung des Erdöls hauptsächlich veranlaßt hat, wurden in einer Verhandlung des Vereins der Eisenhändler Berlins interessante Mitteilungen gemacht. Die Konvention besteht aus einer Vereinigung der Engros-Händler, die sich verpflichtet haben, das Petroleum nur zu erhöhten, festgelegten Preisen zu verkaufen. Der Petroleumring, d. h. die vereinigten Ausleitendlichen, unterließen diese Bestrebungen dadurch, daß er sich verpflichtet hat, an Händler, welche unter den vereinbarten Preis heruntergehen, nicht zu liefern. Die Bestimmungen der Konvention werden jedoch von einigen Großhändlern dadurch umgangen, daß sie zwar den vereinbarten Preis erheben, ihren größeren Abnehmern aber einen bestimmten Betrag pro Faß zurückzahlen. Dieser Umstand ermöglicht es, den Kleinhändlern das Petroleum in Flaschen billiger zu verkaufen, als es die Konkurrenz einflust. Der Verein beschloß, mit der Konvention dahingehende Vereinbarungen zu treffen, daß solchen Firmen, die das Petroleum zu billigen Preisen verkaufen, der Verkauf nicht mehr geliefert werde. Gleichzeitig soll der Vorstand mit dem Verein „Berliner Kolonialwarenhandl.“, der sich in seiner letzten Sitzung ebenfalls mit der Petroleumfrage befahte, im Sinne des obigen Beschlusses Fühlung nehmen.

Die Preise für andere Brennmaterialien und für Lebensmittel gehen zum Teil infolge der von den Kapitalisten-Koalitionen getroffenen Maßnahmen neuerdings erschreckend in die Höhe. Alle diese Vereinigungen beuten die Masse der Bevölkerung ungehindert aus, ohne daß ihnen auch nur ein Steinchen in den Weg gelegt würde. Nur wenn der Arbeiter sich mit eiergeselligen Willen koalieren will, um durch dies einzig erfolgreiche verprechende Mittel seine Familie vor der allergrößtmöglichen Not zu schützen, treten Behörden und Unternehmern gegen ihn auf und suchen ihn durch Verfürtung von Zuchthausparagrafen „zufrieden“ zu machen!

In der **Berliner Kurzwarenbranche** hat sich im Jahre 1899 die Geschäftslage gegen das Vorjahr erheblich gebessert. Das Geschäft kann, nach dem Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller für den großen Teil der Branche als befriedigend bezeichnet werden. Die Kaufuhr nach den meisten Ländern hat sich gehoben. In der Leder- und Portefeuillewaren-Industrie wurden vielfach interessante Kollektionen von Neuheiten geschaffen und sind die hiesigen Fabriken mit den Offenbahnen in scharfer Konkurrenz getreten. Besonders gilt dies von Lederwaren feineren Genres und Reise-Effekten. In kleineren Lederwaren, Portemonnaies, Cigarettaschen etc. wurden erhebliche Umsätze erzielt, besgl. in Damengarteln aus Leder und diversen Fantasieeffekten. Abnehmer für die Artikel der Leder- und Portefeuillewaren-Industrie waren hauptsächlich: England, Kanada, Südamerika, Schweden, Norwegen, Rußland und Holland. In Galanterie- und Luxusartikeln waren keine Gegenstände, wie Nippes, Schälchen, Briefbeschwerer etc. bevorzugt, sowohl von den Großhändlern des In- und Auslandes. Auch in Wäber-Artikeln, sogenannten Anstichsachen, war das Geschäft ziemlich zufriedenstellend. In Holzgalanteriewaren, Porzellan und Stöcken wurden für das Herbst- und Weihnachtsgeschäft recht erhebliche Aufträge erteilt. Auch die Fabrikanten von Bijouteriewaren, kleiner Broden, Albums und Wanddekorationen konnten ein zufriedenstellendes Resultat verzeichnen. Abnehmer dieser Artikel waren nächst Deutschland vornehmlich Oestreich, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien und die Balkanländer. In Eisen-Kurzwaren und Hausgeräten waren vielfach Neuheiten geschaffen, die große Umsätze ergielten. Die Albumindustrie, die in dem letzten Jahre einen Niedgang in den Umsätzen zu verzeichnen hatte, ist merklich vorwärts gekommen. Auch hier wurden viele Neuheiten geschaffen; besonders Albums für Ansichtspostkarten zeigten eine außerordentlich starke Nachfrage. Auch in Bildern, Kartons für Gästelarbeiten, Weihnachtsbaumzinn und

originellen Spielen sind für das Weihnachtsgeschäft belangreiche Aufträge erteilt worden. Abnehmer für diese Artikel waren außer Deutschland vornehmlich Holland, Belgien, Dänemark und die holländischen Kolonien. Bemerkenswert ist, daß in der ganzen Kurzwarenbranche auf Artikel billiger und mittlerer Preislage die großen Bazarre des In- und Auslandes die nehmendwertesten Aufträge erteilt haben, freilich oft zu gedrängten Preisen.

In konservativ-antifemistischen Blättern ist eine allgemeine Hege gegen den Stadtverordneten Dr. Pr. u. h. entbrannt, nachdem die Provinzialynode einschließlich ihres Mitgliedes Stadthauptmann Weise ihn wegen der in der letzten Stadtverordneten-Sitzung losgelassenen Travestie auf einen Diebel- und Gefangenschafts in Grund und Boden verdammt hat. Einige der frommwütigen Klaffer geben so weit, ihn von seinem Posten als Privatdozent der Universität wegzubehalten. Dieser ungewohnte Vornamen hat den Unglücklichen so eingeschüchtern, daß er jetzt in liberalen Blättern entschuldigend bemerkt, daß er es gar nicht böse gemeint habe. Vielleicht tritt Herr Pr. u. h. demnächst einem Junglingsverein bei.

Eine skandalöse Ausbeutung beschäftigungsloser Hausdiener, Kutsher, Gelegenheitsarbeiter etc. wird immer noch in gewissen privaten Stellenvermittlungs-Instituten betrieben. Die Inhaber dieser Geschäfte machen sich das Leben außerordentlich leicht. Sie lesen fleißig den Inseratenteil der hauptsächlichsten Zeitungen, schneiden sich die Stellenangebote heraus, schreiben die Adressen der Interessenten auf kleinen Listen nieder und harren dann gemächlich der Stellensuchenden, die sich trotz der kommunalen und gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise massenhaft einstellen.

Vorher der Stellenvermittler für seine Opfer eine Hand rührt, muß der Arbeitslose erst „Akte abladen“. Und das nicht wenig. Die Armen, die vielleicht ihre paar Habseligkeiten schon ins Pfandhaus gebracht haben, kommen noch verhältnismäßig gelinde davon, wenn der Stellenvermittler sie nur um drei Mark erleichtert. Nicht selten wird ihnen das doppelte abgenommen.

Sobald das Geld im Kasten klingt, greift der Geschäftsinhaber oder sein Angestellter aufs Geratewohl nach einer der von ihm favorisierten Listen, die durchschnittlich 15—20 Adressen enthalten, und nun darf der dupierte Arbeitslose auf Grund der Liste sich die Schlußfragen ablaufen und bei dem Interessenten nachfragen, ob die anoncierte Stelle für ihn frei ist. Meist ist solches natürlich nicht der Fall, da die Arbeitergesuche ja auch von anderen Leuten gelesen werden, die sich nicht erst auf dem Umwege der Vermittlungsbureaus um Beschäftigung bemühen. Am nächsten Tage geht der Arbeitslose wieder aufs Bureau und erhält dann eine andere Liste, und zwar nicht selten eine solche, die ein Leidensgefährte schon vergebens demütigt hat. Diese gegen schweres Geld eingeholte Erlaubnis, hinter den vom Geschäftsinhaber zusammengestellten Zeitungsausschnitten herlaufen zu dürfen, ist großmütig auf die Zeitdauer von 14 Tagen bemessen, wobei der Stellenvermittler in Betracht zieht, daß in den meisten Fällen die Betroffenen des Laufens früher mäßig werden und das eingezahlte Geld in Stich lassen.

Allerdings kommt es vor, wenn auch nur in einem Falle von hundert, daß der eingeschriebene Arbeitslose bei einer der auf der Liste bezeichneten Personen Beschäftigung findet. Der Zufall spielt ja zuweilen wunderbar. Dann packt der Vermittler aber sein glückliches Opfer abermals an die Gurgel. Denn auf einem Schein, den der Arbeitslose hat unterschreiben müssen, steht zu lesen, daß er, wenn er durch Vermittlung des Instituts eine Stelle erhalten hat, nochmals die gleiche Summe zu entrichten sich verpflichtet, die er zu Anfang eingezahlt hat. Nur wer die Unerschlichkeit namentlich der von anwärts kommenden Arbeitslosen kennt, wird es für möglich halten, daß auch diese Forderung der Blutjäger in den meisten Fällen getreulich erfüllt wird.

Den Behörden bietet sich kaum eine Handhabe, mit der sie den Stellenvermittlern der geschilderten Sorte zu Leibe gehen können. Die Arbeiter der in Betracht kommenden Kategorien können ihre arbeitslosen Kollegen nur dadurch schützen, daß sie diese über den schwindelhaften Charakter gewisser Stellenvermittlungsinstitute gebührend aufklären und sie jener auf die Vorteile der gewerkschaftlichen Organisationen aufmerksam machen.

Die neuen Post-Wertzeichen. Ueber die neuen Post-Wertzeichen, die, wie wir bereits mitgeteilt haben, am 1. Januar zur Einführung kommen, bringt eine heute erschienene Extra-Ausgabe der „Deutschen Verkehrs-Zeitung“ folgende Angaben: Im Reichs-Post-Gebiet werden bekanntlich folgende Markenwerte zur Frankierung der Postsendungen verwendet: 3, 5, 10, 20, 25 und 50 Pf., sowie im inneren Verkehr der Postanstalten 2 M. Der Aufschwung, den der Postverkehr im letzten Jahrzehnt allgemein genommen hat, namentlich aber die bedeutende Zunahme des Paketverkehrs und dessen Ausdehnung auf immer weitere Gebiete des Auslandes haben das Bedürfnis gezeitigt, die niederen Frankierungswerte um die Beträge zu vermehren, die bei der Versendung von Postanweisungen, Wertbriefen und Paketen am meisten benötigt werden, und weiter auch Postwertzeichen zu noch höheren Beträgen als bisher dem Publikum zur Verfügung zu stellen. Als neues Markenbild ist das Brustbild einer Germania gewählt worden. Das Haupt des idealen Frauenbildnisses trägt die Kaiserkrone, unter der das Haar bis auf die Schultern hervorwächst. Die Brust ist gepanzert, die rechte Hand hält Schwerthaupt und Degen. Die Werte bis einschließlich 20 Pf. werden in einfarbigem Buchdruck, die von 25 bis 80 Pf. in zweifarbigen Buchdruck hergestellt. Die Farben sind: 3 Pf. braun, 5 Pf. grün, 10 Pf. rot, 20 Pf. blau, 25 Pf. Eintrud (das Bild der Germania, die Bezeichnung „Reichs-Post“ und der Wertbetrag); Schwarz, Rahmen: orange, Papier: gelb; 30 Pf. Eintrud: Schwarz, Rahmen: orange, Papier: Camois, 40 Pf. Eintrud: Schwarz, Rahmen: karmin, Papier: weiß; 50 Pf. Eintrud: Schwarz, Rahmen: violett, Papier: Camois; 80 Pf. Eintrud: Schwarz, Rahmen: karmin, Papier: rötlich. Die Marken sind 25 1/2 Millimeter hoch und 21 1/2 Millimeter breit; sie haben in der Breite 15, in der Höhe 18 Zähne. Als Einführungstermin ist der 1. Januar 1900 in Aussicht genommen; natürlich werden die alten Vorräte aufgebraucht, ehe die neuen Marken zur Ausgabe gelangen. An höheren Werten sind Marken zu 1, 2, 3 und 5 M. in Aussicht genommen. Die Ausfertigung ist im Gange, wird jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da die Marken in Kupferstichmanier hergestellt werden müssen. Für die höheren Werte sind Darstellungen aus der neueren Geschichte des Reiches vorgegeben. Es liegt ferner in der Absicht, für die deutschen Postanstalten im Auslande und in den Kolonien eine besondere Feinmarke herzustellen, durch deren Bild „Deutschland zur See“ veranschaulicht werden wird. Sämtliche Arbeiten bei Herstellung der neuen Marken werden in der Reichsdruckerei ausgeführt.

Die Leerungstermine der Postbriefkästen werden von heute ab in den Abend- und ersten Morgenstunden anderweitig geregelt. Die letzte tägliche Leerung, welche bisher zwischen 6 1/4 und 7 1/2 Uhr abends erfolgte, beginnt von heute ab erst um 11 1/2 Uhr nachts, so daß sämtliche bis dahin in die Briefkästen gelegten Sendungen noch gegen 12 Uhr zu dem betreffenden Postamt gelangen und so unter allen Umständen mit den ersten Frühposten abgeholt werden können. Hinsichtlich der Hausbriefkästen der Bestellungs-Postanstalten bleibt indessen, woraus wir besonders hinweisen, die bisherige um 7 1/2 Uhr früh beginnende erste Leerung auch fernerhin bestehen, um dem Publikum die Möglichkeit zu gewähren, wichtige Korrespondenzen mit den für diese Leerung in Betracht kommenden Frühposten abzusenden. Bei den übrigen Briefkästen wird die künftige erste Leerung in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr vormittags stattfinden.

Auf dem Akademieterrain soll, wie es heißt, nicht allein die k. k. Bibliothek neu errichtet werden, sondern es soll dort auch die Akademie der Künste und der Wissenschaften ein neues Heim erhalten.

In der Angelegenheit der Denkmalschändung in der Siegesallee hat der Polizeidirektor von Charlottenburg, Regierungsrat Steffenand, an den Rektor der Technischen Hochschule ein amtliches Schreiben gerichtet, nach dem die von ihm veranlagten Ermittlungen in keiner Weise die Beteiligung von Studierenden der königlich

Technischen Hochschule an dem Vorkommnis ergeben haben. Ähnliche Zuschriften könnte der Polizeidirektor mit gutem Gewissen wohl an alle übrigen Korporationen etc. richten, wenn diesen um ein polizeiliches Reinigungsstatistik zu thun wäre.

Der Magistratsantrag auf bessere Beleuchtung der „Siegesallee“ und der übrigen Hauptwege des Tiergartens ist gestern vom Ausschuss der Stadtverordneten angenommen worden. Herr Dünke hatte im Hinblick auf die Denkmalsbestimmung patriotisch darauf verzichtet, seinen Antrag auf Durchführung einer Pferdebahnlinie durch die Bellevue-Allee mit dem Magistratsantrag zu verbinden, da im Falle der Veratung dieses Antrages das Beleuchtungsprojekt verzögert worden wäre.

Die beiden großen Kandelaber für die Ostseite des Reichstagshauses werden zu Stuttgart in Bronze gegossen. Die von weiblichen Figuren getränkten zweiarmigen Lichtpender hat Bildhauer Vogel anzuführen. Die Modelle gehen in einzelnen Stücken nach Stuttgart. Von dort werden die fertigen Kandelaber direkt zur Weltausstellung nach Paris geschickt.

Die Stadtverordneten Matterno und Försterling haben ihr Mandat niedergelegt. Matterno vertrat die zweite Wählerabteilung, Försterling hingegen den früheren Wahlbezirk 6 der dritten Abteilung.

Von den Gassen Berlins soll nun wieder eine aufhören, als „Gasse“ zu bestehen. Die Eier-Gasse soll zur „Straße“ ernannt werden und zugleich ihren alten Namen mit dem einer „Nikolaikirch-Straße“ vertauschen, damit die ehemalige Nikolaikirch-Gasse, die erst kürzlich den großen Warenhandlungen zwischen Probststraße und Mollenmarkt zum Opfer gefallen ist, in ihr von neuem aufliebe. Wenn dabei nicht wieder auf den Namen „Nikolaikirch-Gasse“ zurückgegriffen werden soll, so geschieht das wohl mit Rücksicht auf die Abneigung des neueren Berliners gegen das Wort „Gasse“. Dieser Abneigung haben es zahlreiche ehemalige Gassen Berlins zu verdanken, daß sie heute stolz den Namen „Straße“ tragen dürfen. Noch zu Anfang dieses Jahrhunderts gab es in Berlin über 90 Gassen. Aber bereits vor 1870 war ihre Zahl bis auf 27 gesunken, und gegenwärtig kommen unter den Strassenamen Berlins nur noch 18 Zusammenfassungen mit dem Wort „Gasse“ vor. Von den 9 Gassen, die in den letzten 30 Jahren aus dem Strassenverzeichnis verschwunden sind, haben einige, wie die schon erwähnte Nikolaikirch-Gasse und die Schmale Gasse, nachdem ihr Grund und Boden mit überbaut worden war, überhaupt zu bestehen aufgehört. Anderen hat man, wie es jetzt bei der Eier-Gasse beabsichtigt wird, einen ganz neuen Namen gegeben. So wurde, um nur die neueren Umnennungen anzuführen, die Lauf-Gasse zur Gormann-Straße gemacht, die Holzmarkt-Gasse zur Bisterhausener Straße, die Schlachthaus-Gasse zur Bunsen-Straße usw. Der Mangel an „historischen Sinn“, der in solchen Namensänderungen liegt, war früher nicht geringer als heute. In dem ältesten Teile Berlins haben die meisten Straßen im Laufe der Zeiten ihren Namen gewechselt. An Einspruch dagegen hat es aber auch früher nicht gefehlt. So wurden selbst gegen die Umnennung der „Raddengasse“ in „Kleine Stralauer Straße“, welche 1862 beschlossen wurde, die „historischen Erinnerungen“ geltend gemacht, die sich an den alten Namen knüpfen. Historische Erinnerungen knüpfen sich auch an die Eier-Gasse. Sie erinnert, wie die ihr benachbarte frühere „Vollen-Gasse“ (jetzige Mollen-Straße) an den Lebensmittelmärkte, der hier stattfand.

Der Hofen am Urban, über den der erste Rechnungsabschluss für das Etatsjahr 1898 jetzt vorliegt, hatte eine Einnahme an Vohl-, Lager-, Arahn- und Biegegeld von 27 241 M. und eine Betriebsausgabe von 10 978 M. Der Ueberschuß sowie der vom Vorjahre übernommene Bestand im Gesamtbetrage von 34 798 M. ist in 35 000 M. 3/4 Proz. Effekten jinsbar angelegt worden. Da die Kosten des Grundverwerbes wegen der noch schwebenden Prozesse zur Zeit nicht feststehen, sind die zur Verzinsung und Tilgung des Anlagencapitals erforderlichen Beträge der Betriebsverwaltung für jetzt noch nicht zur Last geschrieben worden; somit steht gegenwärtig noch nicht fest, ob und in welcher Höhe etwa ein Zuschuß aus städtischen Mitteln zum Hofenbetrieb gewährt werden muß.

Die Arbeiten zum Neubau des Märkischen Museums sind vorläufig eingestellt worden, da die Festigung des Bauplazes in viel umfangreicherem Maße erfolgen muß, als zuerst angenommen worden war. Die Gegend bei der Wallensteinstraße hat einen sehr schlechten Baugrund, gerade dort, wo sich das neue Museum erheben soll, stößt früher der Gräber Graben entlang, der bei der Wallensteinstraße in die Spree mündete und wegen seines schlammigen und morastigen Grundes berüchtigt war. Um nun zu ermitteln, bis zu welcher Tiefe die Festigung erfolgen muß, werden die bereits in den Baugrund eingetriebenen mächtigen Pfähle jetzt einer Belastungsprobe unterzogen.

Die Hen- und Strohmärkte. Der Magistrat ersuchte die Käufleute der Kaufmannschaft um ein Gutachten über einen bei ihm vom hiesigen Verein der Fouragehändler gestellten Antrag auf Aufhebung der Hen- und Strohmärkte auf dem Gartenplatz und dem Rüstener Platz, welcher Antrag im wesentlichen dadurch begründet worden war, daß die tägliche Versorgung Berlins mit Hen und Stroh nur zu einem geringen Prozentsatz auf den genannten Märkten geschähe. Die Käufleute des Schlachthausplatzes, namentlich die gegen den Antrag auszusprechen, weil jene Märkte, namentlich für die kleineren Verbraucher von Fourage (Zubehör von Milch-, Futtermitteln usw.), noch nicht entbehrlich erschienen und besonders auch die auf diesen Märkten zu Stande kommende Preisnotierung für weite Kreise wichtig ist.

Für die große deutsche Winterblumen-Ausstellung, welche Mitte Februar 1900 in Berlin stattfinden soll, ist jetzt wegen der großen Beteiligung statt des zoologischen Gartens der Luisenpark in der Dreßdenerstraße gewählt worden. An Medaillen und Geldpreisen stehen nicht weniger als 20 000 Mark in Aussicht.

Die einsame Mieterin, Fräulein S. Horn, muß nun von ihrer Ede, die einzige, die von dem alten Hause an der Ecke der Wall- und Reuen Kofstraße noch steht, in den nächsten Tagen scheiden. Das Haus hat besamlich der Verbreiterung der Reuen Kofstraße, resp. dem Neubau der Hoch-Strassenbrücke zum Opfer fallen müssen, der Anfang des nächsten Monats begonnen werden wird. Fräulein Horn hat den Eckladen zu dem billigen Preise von 2000 M. Jahresmiete bereits 16 Jahre inne und noch anderthalb Jahr Kontrakt. Da sie für einen ebensolchen Laden in dortiger Gegend ca. 4000 M. Miete zahlen muß, hat man ihr städtischerseits die im Wege des Enteignungsverfahrens festgesetzte Entschädigung nunmehr bar ausbezahlt. Damit ist sie jedoch nicht zufrieden; sie hat das Geld nur unter Vorbehalt angenommen und wird sich, falls sie jetzt keinen passenden Laden zu finden vermag, ihr vermeintliches Recht an gerichtlichem Wege suchen. Uebrigens hat man ihr beim Magistrat gesagt, daß es mit ihrem Auszuge, falls sie einen Laden, der renovationsbedürftig wäre, mieten würde, auf ein paar Tage nicht anlände.

Die Valentinsche Mordsache. Die beiden Einbrecher, welche der Teilnahme an der Ermordung Valentinis verdächtig sind, heißen Zimmer und Kraus. Wie nenerdings noch ermittelt wurde, hielten sich die beiden in der Nordstadt bei einer Dirne auf, deren Zuhälter mit ihnen bekannt war. Die Dirne soll nun vom Nebenzimmer aus ein Gepräch der drei Kerle belauscht haben, dessen Inhalt stark belästigend für Zimmer und Kraus ist. Auch soll sie einer in dem Hause wohnenden Grüntrahmhändlerin erzählt haben, daß S. und K. einen blutigen Stragen, ferner einen blauen Schlipf — einen solchen soll einer der von dem Waler Hoffmann beobachteten beiden Männer getragen haben — sowie einen modischen Ueberzieher verbrannt haben.

Die Untergrundbahnstrecke Treptow-Stralau wird, wie nunmehr bestimmt ist, am 1. November in Betrieb genommen werden, da bis zu diesem Termin auch die oberirdische Strecke vom Schlesienschen Bahnhof nach Stralau fertiggestellt sein wird.

Elektrischer Betrieb wird von heute ab auf der Strassenbahnstrecke Riederstraße-Hagen-Brück eingeführt; doch bleibt auf der Teilstrecke Verbindungsbahn—Riederstraße vorläufig noch der Pferdebetrieb bestehen. Der Pferdebahnwagen wird von der Verbindungsbahn ab als Anhängerwagen benutzt und dann bis Brück im Betrieb gehalten, so daß die Fahrpläne ohne umzustimmen bis zur Endstation weiterfahren können. Der Zwischenwagen Pandow-Mathaus fährt wie bisher weiter.

Kurichtig ist die auch von uns gebrachte Meldung, daß der Maschinenfabrik „Cyllop“ mit 15 000 M. durchgebrannt ist, hat sich wahrscheinlich sofort auf den Weg nach dem Auslande gemacht.

Zweihundert Mark gefunden. In der Friedrichstraße sind zwei Hundertmarkscheine gefunden worden. Der Finderer mag sich im Hundebureau des Polizeipräsidiums Zimmer Nr. 79 melden.

Ein toter Patron wurde vorgestern abend in der Person eines 24jährigen Schuhmachergehilfen Dammert festgenommen. D. war an der Ecke der Brannen- und Invalidenstrasse mit dem Kaufmann Wille in Streit geraten und versetzte diesem ohne weiteres mehrere Stiche mit dem Taschenmesser. Der Thäter entlohf dann durch die Invaliden- und Strelitzerstraße und versuchte nach der Anklamerstraße zu entkommen. Hier warfen sich mehrere Männer dem Flüchtling entgegen, der wiederum von seinem Messer Gebrauch machte und mit der Waffe um sich schlug. Hierbei wurden die Arbeiter Eckart und Scherping sowie der Kaufmann Telling durch Stichwunden erheblich verletzt. Schließlich gelang es einem Schuttmann, den Unhold zu überwältigen und ihn nach der Polizeiwache in der Strelitzerstraße zu bringen. Die vier Verwundeten mußten die Hilfe der Sanitätswache in Anspruch nehmen.

Strassenperrung. Die Oberwallstraße zwischen dem Platz Am Zeughauser und der Werderischen Kofenstraße, einschließlich der Kreuzung mit letzterer wird behufs Umpflasterung vom 31. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

In der Krantia findet heute (Mittwoch) der vierte Centenar-Vortrag statt und zwar spricht Herr Geheimrat Professor Dr. Waldeyer über „die Erforschung des Nervensystems und ihre Ergebnisse“.

Aus den Nachbarorten.

Pro domo! Man schreibt uns aus Schöneberg: Herr Stadtverordneter Haase, seines Zeichens Rentier und schöner Schlichtermeister, nahm es mit seinem Amt als Stadtvater ziemlich ernst. Für alle der jungen Stadt in kommunaler Hinsicht bevorstehenden Aufgaben zeigte er das größte Interesse. Vor allem jedoch waren es die Wochenmärkte, die sich seiner besonderen Aufmerksamkeit erfreuten, und als Mitglied der städtischen Markideputation war es ihm befohlen, gerade die Marktlage besonders zu studieren. Und das Reulnat seines Studiums sah er in den Grundriß zusammen: „Hort mit den Wochenmärkten!“ Denn, so reultierte er, auf diesen Wochenmärkten werden nicht nur minderwertige Waren feilgeboten und die Konsumenten schwer überfordert, nein, auch den steuerzahlenden selbständigen Gewerbetreibenden bereitet man dadurch eine Schmutzkonturrenz sondergleichen.

Besonders die auf den Märkten anwesenden Schlächtermeister hatten sich seiner ganz besonderen Fürsorge zu erfreuen, indem er von jenen behauptete, daß sie „ununtersuchtes, minderwertiges Fleisch“ veräußerten. In Versammlungen und im Stadtparlament forderte er in Tone höchster Entrüstung die Handhabung einer besseren Kontrolle der Nahrungsmittel. „Nur Gott und der Schlichter wissen, was in der Wurst drin ist!“, so rief er aus, indem er über den Wert dieser Fleischwaren die ungläublichsten Dinge erzählte.

Soweit wäre das Vorgehen des Herrn Stadtvaters zu verstehen und in betreff der Einführung einer besseren Kontrolle auch zu billigen. Nun spielte sich in einer der bei unseren Gegnern jetzt so beliebten kommunalwähler-Bezirksversammlungen dieser Tage folgende höchst lehrreiche Episode ab: Der Herr Geheimrat Konopke stellte an den anwesenden Stadtverordneten Haase die Frage: „Herr Stadtverordneter, Sie behaupten also, daß auf dem Markt ununtersuchtes, minderwertiges Fleisch verkauft wird?“, worauf Herr H. laut antwortete: „Ja, wohl, nach wie vor!“ Herr K. fuhr nun fort: „Meine Herren! Nun hören Sie das Reulnat meiner Recherche. Herr Haase hat dieses Fleisch, also ununtersuchtes, minderwertiges Fleisch, wie er es eben bezeichnete, selbst gekauft. Dieses Fleisch soll von seinem Sohne nach der Markthalle auf dem Magdeburger Platz geschafft worden sein; in dieser Markthalle hat seine Frau einen Stand inne! Herr Haase, das ist das Reulnat meiner Recherche, die Sie von mir verlangen; es wäre mein Geheimnis geblieben, hätten Sie mich nicht angegriffen.“ — Ein Kommentar hierzu erscheint überflüssig, wenn man sich vergegenwärtigt, welchen Kreisen dieser Gegner des Herrn Haase angehört. Auch er ist ein Streiter bei dem Kampf für Moral und gute Sitte, und bläst bei weitem nicht die letzte Trompete, wenn es darauf ankommt, den Arbeitern eins aufzuspielen. Zum Schluß möchten wir noch konstatieren, daß Herr H. ziemlich still geworden ist. Wir bedauern es vielleicht kommt er doch noch einmal: „Pro domo!“

Wegen des immer noch niedrigen Wasserstandes der Havel hat die zuständige Stromaufsichtsbehörde angeordnet, daß auf der Strecke zwischen Rathenow und Brandenburg die Schiffe nur einen Tiefgang von 1,35 Meter haben dürfen; die meisten Fahrzeuge können darum nicht volle Ladung nehmen oder müssen unterwegs leichtern. Für den Schiffsverkehr Berlin-Hamburg ist diese Anordnung sehr einschneidend.

Wethensee. Eigentümliche Recrudescenzdienste scheinen einige tonangebende Mitglieder der hiesigen Genossenschaftsbank, mit ihrem Direktor B. an der Spitze, ihrem vor noch nicht langer Zeit verstorbenen Mitglieder, dem Rentier und Schöffen Robbe, geleistet zu haben. Die Statuten des Vereins gestatten nicht, daß die Verbindlichkeiten des einzelnen Mitgliedes gegenüber der Bank die Summe von 10 000 Mark übersteigen. Durch den plötzlich erfolgten Tod des R. trat dessen schon vorher nur mühsam verhallte Insolvenz klar zu Tage; zugleich aber erfuhr man, daß er etwa 30 000 M. an die Bank zu zahlen hatte, daß also die in diesem Institut einflussreichen Personen ihrem Fremde Kredit weit über die statutenmäßige Höhe hinaus gewährt hatten. Das sich der übrigen Mitglieder ob dieser „Authentizität“ ihres Direktoriums eine ziemliche Erregung bemächtigte, ist gewiß zu begreifen, und der Aufsichtsrat hatte in der letzten Generalversammlung alle Hände voll zu thun, um seine Verantwortlichkeit von sich auf den Herrn Direktor B. abzuwälzen, der den Mitgliedern des Aufsichtsrates angeblich nicht genügend Einblick in die Verhältnisse der Bank gewährt habe“. Herr B. wird für den Ausfall, den die Bank erleidet, haftbar gemacht werden. Was uns bei der Sache am meisten interessiert, ist, daß dieser Herr, in dem alle auf Hebung der Lage der ärmeren Bevölkerung abzielenden Bestrebungen schwere Bedenken wachzurufen pflegen, in diesem Falle solch großes Verständnis für den „Kummer, die Not und Sorgen“ seines Freundes und Gesinnungsgenossen an den Tag legt.

Pandow. In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung war von besonderem Interesse eine Anfrage der Regierung, wie die Gemeinde sich zur Anstellung eines Kriminalkommissars am Orte stelle. Ein Antrag auf Anstellung eines Kriminalbeamten war, wie erinnerlich sein wird, vor einiger Zeit abgelehnt worden. Aufgabe des Kommissars soll es sein, sämtliche Straffälle am Orte zu prüfen, Hausdurchsuchungen abzuhalten und überhaupt der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stehen. An Gehalt für dies weltstädtische Amt ist vorläufig die Summe von 3300 M. vorgesehen, doch wurde der Gemeinde die angenehme Aussicht eröffnet, daß die Bedürfnisse des Herrn selbstverständlich im Laufe der Jahre steigen würden. Die Gemeindevertretung verzichtete auf die Anstellung eines solchen Beamten

und zwar mit der ausdrücklichen Motivierung, daß erstens die Einwohnerschaft zum nicht unbeträchtlichen Teil sich einer gewissen, gegen Verbrechen immunisierenden Wohlhabenheit erfreue. (Trotzdem mußte der Armenetat des Ortes im letzten Jahre um etwa 5000 M. überschritten werden. Der Verichterichter.) Zweitens erwege die Gemeindevorstellung, daß auch der nicht im Orte sitzende Teil der Einwohnerschaft friedliebend und durchaus nicht zu Ausschreitungen geneigt sei, ein Erfolg, der wesentlich dem ausfallenden Wirken der Socialdemokratie zu danken sein mag.

Wie sehr man übrigens in Pankow von Gemeinde wegen Ruhe und Ordnung schätzt und schlicht, beweist der in derselben Sitzung gebilligte Erlass einer Orts-Polizeiordnung, wonach bei einer Strafe bis zu 9 M. das schnelle Fahren von Koff- und Arbeitsfuhrwerken in den Straßen des Ortes verboten ist.

Zu dem Selbstmord in der Jungfernheide, über den wir gestern berichteten, wird uns mitgeteilt, daß nicht der Förster, sondern einige Arbeiter sich des Schwerverletzten annahmen und die Feuerwehre, sowie die Rettungswache zur Hilfeleistung anriefen.

Der Ueberfall auf den Radfahrer Loepfer wird durch folgende polizeiliche Meldung in Erinnerung gebracht: Seitens des Untersuchungsrichters beim Igl. Landgerichte zu Potsdam ist unter dem 1. März 1899 gegen den unten beschriebenen Arbeiter (auch Kaufmann) Hermann Prütz, zuletzt in Berlin wohnhaft gewesen, welcher flüchtig ist, die Unterjuchungshaft wegen verdachten Mordes und vollendeten Raubes verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichtsgefängnis zu Potsdam abzuliefern. P. ist 28/28. Prütz ist 26 Jahre alt, Größe 1,70 Meter, Statur kräftig, Haare und Augenbrauen hellbraun, Stirn hochgewölbt, Bart Anflug von dunkelblondem Schnurrbart, Augen blau, Nase groß, Zähne defekt, Rinn spitz und hervorstehend, Gesicht samal und markiert, Gesichtsfarbe gesund. Die Sprache ist deutsch. Besondere Kennzeichen: Widel im Gesicht und Schwermüdigkeit. Erwähnt wird, daß Prütz des Ueberfalles gegen den Radfahrer C. Töpfer, welchem letzterer am 4. September 1898 auf dem Wege von Treuenbriegen nach Voelzig zum Opfer gefallen ist, dringend verdächtig ist. Töpfer hat den Prütz nach der Photographie bestimmt als den Thäter wiederkannt. Der Herr Regierungspräsident von Potsdam hat auf die Ermittlung des Thäters 300 M. Belohnung ausgesetzt.

Gerichts-Zeitung.

Revision des Harmlosen-Prozesses. In dem „Harmlosen-Prozess“ ist zu melden, daß gegen das freisprechende Erkenntnis der Strafkammer IV seitens der Staatsanwaltschaft das Rechtsmittel der Revision angemeldet worden ist. Ob dieselbe aufrecht erhalten und begründet werden wird, dürfte sich erst entscheiden, wenn das Urteil ausgefertigt sein wird.

Wegen Verleumdung des Landrats in Königsberg, Freiherrn v. Meerfeldt-Hüllessem, war der Redacteur der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. Gustav Strechke, am 16. Mai d. J. vom Landgerichte I Berlin zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden, nachdem ein früheres, auf Gefängnis lautendes Urteil aufgehoben worden war. Es handelte sich um die Angelegenheit der Reichstagswahl des vorigen Jahres, in welcher der Landrat den Regierungskandidaten gegenüber dem Kandidaten des Bundes der Landwirte unterstützt hatte und dafür von der „Deutschen Tageszeitung“ angegriffen worden war.

Gestern kam vor dem Reichsgericht in Leipzig die Revision des Angeklagten zur Verhandlung. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet. In den Urtheilen wurde nach bekannter Praxis betont, daß es zu beanstanden sei, wenn einem Redacteur, nur weil er einer bestimmten politischen Partei angehöre, der Schutz des § 193 zugebilligt werde. Das Landgericht habe es nun aber gethan, dann indes in rechtsirrthümlicher Weise festgestellt, daß sich die Absicht der Verleumdung aus der gewählten Form ergebe.

Vermischtes.

Von einem Gendarm erschossen. Der „Gemeinnützigkeits“-Melder aus Auguststern (Oldenburg). Auf dem Wege nach Eidsgeorgsfehn erschoss der Gendarm Mademacher aus Stadhausen, wie verlautet in Rothweh, einen Mann, der als des Pferdediebstahls verdächtig verfolgt wurde. Der Verfolgte griff den Gendarm an,

als dieser ihn verhaften wollte. Bei dem Kampfe wurde der Verfolgte erschossen.

Verbot von „Priesterwägen“. Aus Finnland wird gemeldet: Auf Befehl des stellvertretenden Generalgouverneurs von Finnland, Generalleutnants Schipow, ist den Pregebevollmächtigten die Weisung zugegangen, daß in Zukunft in humoristischen Blättern nichts vorkommen dürfe, was die Priesterwägen angehe. Gut, daß Voccacio im 14. Jahrhundert in Italien und nicht im 19. Jahrhundert im Revier des künftigen Erbprinzen gelebt hat.

Ein riesenhafter Schwindler hat ein Kopenhagener Großschlächter betrieben, der infolge Denunziation jetzt herausgekommen ist. In Kopenhagen werden alle Fleischwaren, die im Schlächterhaus geschlachtet und daher untersucht sind, mit einem offiziellen Stempel versehen. Diesen hat der Schlächter Nielsen, eines der Mitglieder des Vorstandes der Schlächtergilde, sich nachbilden lassen und damit Fleisch, das er außerhalb Kopenhagens schlachtete, abgestempelt und nicht nur in seinem Laden verkauft, sondern auch an andere kleine Fleischer geliefert. Diesen Schwindler hat er seit zwei Jahren betrieben und soll oft minderwertiges, selbst krankes und tuberkulöses Vieh geschlachtet haben. Er ist verhaftet worden. Die Anzeige dürfte er dem Umstande zu verdanken haben, daß er sich an den Brutalität des Schlächterverbands-Vorstandes energisch beteiligt hatte. Er soll bereits Geständnis abgelegt haben.

Ein Eittrichter. Dr. Fritz Friedmann, der ehemalige Berliner Rechtsanwalt, ist am 15. Oktober in New York zum erstenmal öffentlich aufgetreten. Vor einem nicht sehr zahlreichen, aber recht aufmerksamen und dankbaren Auditorium hielt er im Germania-Theater einen Vortrag über „Frankreich — fin de siècle“. Das Urteil, das Dr. Friedmann über Frankreich fällt, war ein geradezu vernichtendes; wenn es den wirklichen Thatsachen entsprechen sollte, so wäre es nur eine Frage weniger Jahre, man möchte sagen weniger Stunden, bis Frankreich ohnmächtig zusammenbricht. Als Merkmale dieses Verfalls bezeichnete Redner in erster Linie das prophanhafte Parvenement, wie es in Präsidentenfiguren so deutlich zum Ausdruck kam; ferner das Prätorianentum, wie es ein Boulanger repräsentierte, dann das Mönchtum unter der Leitung der Jesuiten. Als weitere untrügliche Zeichen des Niedergangs wurden dann noch vorgeführt: die Abnahme des Frauenkultus in seiner edleren Bedeutung; Zunahme von Roheit und Brutalität, wovon die Einführung von Energiefechten Zeugnis ablegte; Korruption im parlamentarischen Leben; die Ueberwucherung des Militarismus und viele andere Sünden, von denen im Leben der übrigen Kulturvölker bekanntlich nicht die Spur zu entdecken ist. Besonders schön muß sich die Hervorhebung des Frauenkultus in seiner edleren Bedeutung im Munde des Herrn Dr. Friedmann gemacht haben.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute abend 8 1/2 Uhr in G. Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75: Gesellschaftliche Sitzung. Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung. Verschiedenes. Landleute, auch Damen, sind willkommen.

Freie Vereinigung der Vadeuser. Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, Dragonerstr. 15: Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 5. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Mitgefängnis, mitgefängnis! — Karl Marx über Karl Grün als Geschichtsschreiber des Socialismus. Aus dem Marx-Engelschen Nachlaß. (Fortsetzung) — Der Gesamtparität der österreichischen Socialdemokratie in Orlau. Von Dr. F. Winter. — Der fünfte Kongreß der spanischen socialistischen Arbeiterpartei und die politische Lage in Spanien. Von Heinrich Gurov. — Der Arbeiterkampf in der Phosphorindustrie. Von Paul Umbreit. — Uiterauische Rundschau: Ludwig Gumplowicz, Socialistische Ethik. — Notizen: Das Wachstum des Handels der Vereinigten Staaten mit Opien.

Briefkasten der Redaktion.

H. Scholz. 1. Die Kriminallitteratur kann auf eine an sie gerichtete Eingabe hin Ihnen einen Teil der Summe lassen. 2. Nein. 3. Ohne nähere Darlegung nicht zu verstehen. 4. Das ist möglich. 5. Aber! — R. W. J. 1. Nein. 2. Wenn ein Kauf und nicht etwa Verleihe, hier oder dergleichen vorliegt, ja. 3. Das hängt von der Höhe des Streitbetrags ab. — V. W. J. er braucht nur einen dahingehenden Antrag an das Gericht zu richten. — A. R. Es kann bei Gericht der Antrag gestellt werden, mit Rücksicht darauf, daß der Vater sich

um das Kind nicht gekümmert hat, der Mutter die Erziehung des Kindes zu lassen und den Vater trotzdem zur Zahlung für verpflichtet zu machen. Wollte unabhängig von dem Ausfall dieses Antrages besteht die Verpflichtung des Vaters, bis zu dem Zeitpunkt zu zahlen, wo er die Uebergabe des Kindes verlangt hätte. — G. W. Klein. — B. Zukauerstraße. 1. Die Karte enthält eine grobe Verleumdung. 2. G. brandt nicht zu liefern, da Sie selbst durch die Karte darauf verpflichtet haben. — Grebert 10. 1. Ein gerichtlicher Vertrag ist erforderlich, den Sie, Mutter und Vormund, zu schließen hätten. 2. Das wird voraussichtlich genügen: Das Erntefest des Gerichts ist frei. 3. Ja. — G. W. 100. Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — G. W. 50. Satorit aus Ihrer Darstellung ersichtlich, heißt Ihnen ein Patentanspruch nicht mehr zu. — 55. Die Scheidung und der Scheidungsgrund ergibt sich aus dem mit Rechtskraft versehenen Entscheidungsurteil. Dasselbe können Sie sich von Ihrem Anwalt oder vom Gericht geben lassen. Die Weiterführung des Namens kann der für schuldig erklärten Frau unterliegen werden. — G. W. J. 1. Nein. 2. Durch 1. erledigt. — C. 100. Nein. — G. W. 75. 1. und 2. Leider ja. Wir haben häufig genug davon gewarnt, einen Heiligkeitel zu unterzeichnen, den man nicht genau durchgelesen hat. Nehmen Sie es ab, auf Brochhaus' Verstoß, Rechtsliteratur u. dergl. zu abonnieren. Haben Sie aber unterschrieben, so sind Sie zur Abnahme und Bezahlung des teuren, für Sie wertlosen Buchs verpflichtet. — R. R. R. Der Anspruch auf Unfallrente verjährt, wenn er nicht leitens des Verletzten innerhalb zwei Jahren angemeldet wird. — M. W. Kitzdorf. Wenn keine testamentarische Bestimmung entgegensteht, ja. — W. J. R. Nein. — R. F. 99. Sie haben das Recht, die Befragung des Denunzianten bei der Staatsanwaltschaft zu beantragen. Er würde wegen Verleumdung und wissentlich falscher Anschuldigung bestraft werden, wenn erweisen wird, daß seine Aussage eine thatsächlich unrichtige, wobei beiderseits Beweise erbracht sind. — W. R. S. Aulstraße. Wenden Sie sich an das Bureau des Centralverbandes Deutscher Maurer, Alt-Bölln am Wasser Nr. 1, um Auskunft

Marktpreise von Berlin am 30. Oktober 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Ware	D. Gr.	15.30	14.30	Schweinefleisch 1 kg	1.60	1.10
*) Weizen		15.29	14. —	Rathfleisch	1.80	1. —
*) Roggen		14.30	13. —	Hammelfleisch	1.80	1. —
Butter-Gerste		15.30	14.90	Butter	2.80	2. —
*) Hafer gut		14.50	13.90	Gier	60 Stück	4.80 2.80
*) mittel		13.80	13.20	Karpen	1 kg	2.20 1.20
*) gering		4.15	3.82	Kale		2.80 1.20
Milchstroh		7. —	4. —	Hander		2.80 1. —
*) Heu		40. —	25. —	Hedite		1.80 1. —
*) Gersten		50. —	25. —	Barfische		1.80 0.80
*) Weizenrohnen		70. —	50. —	Schleie		2.80 1.20
*) Kirschen		6. —	4. —	Blieie		1.40 0.80
Kartoffeln, neue		1.00	1.20	Archie	per Schof	12. — 2.50
Windfleisch, Reste 1 kg		1.20	1. —			
do. Bauch						

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungsbüro — und ausgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner. *) Klein handelspreis.

Produktenmarkt vom 31. Oktober. Der Getreidemarkt war heute äußerst ruhig und die Preise hielten sich, da die Erntefähigkeit der Umsätze größere Bewegung unmöglich machte, ungefähr auf dem gestrigen Niveau, nur Otderrögen, der bei der in letzter Zeit vorherrschenden schwachen Tendenz auf vorhandenes Decouvert meist Preisabgaben erzielt hatte, erholte heute, nachdem die fälligen Lieferungen prompt erfolgt waren, einen Aufgang um etwa 1.50 M. Im übrigen waren Weizen und Roggen am Frühlmarkt schwach bedampft, mittags leicht nachgebend. Hafer lag fest auf gutem Konsumverehr, ebenso Rappi. — Am Spiritusmarkt liehen die Thätigkeit der Speculation wachsend zu erhöhen. Die unveränderten Preise für Voco- und Terminusware waren lediglich nominal zu verstehen. 70er 45.00.

Kartoffeladrate. Feinste Kartoffelstärke 10.00 M. Ia reine Kartoffelstärke disponibel und November-Dezember 20.75 M. Ia Stärke und Mehl, Mittel-Quantität 19.50—20.00 M. per 100 Kilogramm.

Witterungsüberblick vom 31. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand am	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer stand am	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Swinecunde	758	WSW	2	bedekt	7	Saparanda	734	—	4	St. bed.	1
Danzburg	759	SW	3	bedekt	7	Berlin	764	—	2	St. bed.	9
Berlin	759	W	2	bedekt	9	Sof	764	—	2	St. bed.	9
Wiesbaden	762	W	3	bedekt	10	Aberdeen	753	WSW	3	bedekt	8
München	762	SW	2	wolkig	11	Paris	765	SW	1	wolkig	8
Wien	763	SW	—	bedekt	6						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 1. November 1899. Zunächst ziemlich heiter, etwas kühler bei frischen südwestlichen Winden; nachher neue Erwärmung, Trübung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Charlottenburg.

Donnerstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei „Gambrius“, Wallstr. 91:
Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung für sämtliche Bezirke.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Reichstags-Abgeordneter Singer. 2. Diskussion. 204/15
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Einberufer.

Achtung, Holzarbeiter!
Am Mittwoch, den 1. November, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Julius Wernar, Schwedterstraße Nr. 23:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei der Firma Karl Müller, Schönhauser-Allee, und bei Abels & Comp., Bernauerstraße. 2. Diskussion. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. 277/11
Der Vertrauensmann.

Achtung, Holzarbeiter!
(Bezirk Süd, West und Südwest).
Am Donnerstag, den 2. November 1899, abends 8 1/4 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstraße 5-7:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Posten über die Holzbearbeitungs-Fabrik infolge der Erhöhung der Preise. 2. Bekanntgabe über das Resultat der Unterhandlung. 3. Diskussion und weitere Beschlussfassung. 377/14
Der Einberufer.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Am Sonntag, den 19. November 1899, vormittags 10 1/2 Uhr, im Kaiserstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstraße 37:
Ordentl. Generalversammlung
Tages-Ordnung:
1. Mitteilungen des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes (4 Arbeitgeber, 3 Arbeitnehmer). 3. Wahl des Wandanten für die Jahre 1900—1902. 4. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für 1900. 5. Wahl freiwilliger Krankenkassendirektoren. 6. Verschiedenes. 566B
Der Vorstand:
Gustav Günther, Arthur Scholem, Vorsitzender, Schriftführer.

Achtung! MAURER. Achtung!
Am Mittwoch, den 1. November, abends 8 Uhr, bei Keller, Kopenstraße Nr. 29:
Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Das System der Lohnarbeit und ihre Auswüchse. Referent Kollege Silberhämidt.
2. Die Innehaltung der Vertragsbestimmungen bei den Bundesmitgliedern und Beschlussfassung über die Verallgemeinerung derselben bei den übrigen Unternehmern. 3. Gewerkschaftliches.
Wir ersuchen die Kollegen, für diese Versammlung die größte Propaganda zu entfalten.
Die Verbandsleitung. J. A.: Karl Pauser.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Heute, Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Werner, Bülowsstraße 59:
Vertrauensmännertagung
für den Westen, Schöneberg usw.

Am Donnerstag, den 2. November, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Fischer, Dusselstraße Nr. 9:
Bezirks-Versammlung für Moabit.
1. Vortrag des Herrn Markwald über: „Krankenkassen-System“
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 117/7
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kupferschmiede. Achtung!
Am Sonnabend, den 4. November, abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn Feind, Weinstraße Nr. 11:
Oeffentl. Versammlung der Kupferschmiede Berlins.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Victor Frank über: „Vor den Kämpfen“. 2. Unsere fernere Stellungnahme zur Berliner Gewerkschaftskommission. 3. Wahl von 3 Revisoren. 4. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Einberufer.

Charlottenburg.
Empfehle allen Freunden und Parteigenossen mein neues Lokal Bismarckstraße 34. Bereinigungszimmer, 120 Personen fassend. 2677/2
H. Wernicke, früher „Bismarckshöhe“.

Neues Clubhaus.
72, Kommandantenstr. 72.
Sind noch einige Sonntage zu vergeben. 5025

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Donnerstag, den 2. November, abends 8 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
Der Streit bei der Firma „Industrie-Attiengesellschaft“. 280/3
Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Bau-Anschläger. Achtung!
Am Freitag, den 3. November, abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Obst, Ormwerdstraße 110:
Oeffentl. Versammlung
Tages-Ordnung:
Unsere Lohnfrage und Verschiedenes. J. A.: Finke.

Achtung! Arbeiter-Radfahrer Berlins und Umgegend.
Donnerstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:
Oeffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Unsere Hilfe zur bevorstehenden Stadtverordneten-Wahl. 3. Bericht des Vertrauensmannes. 4. Neuwahl. 5. Verschiedenes. Um zahlreicher Besuch bitten.
Der Vertrauensmann. 22/4

